

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 7.

Montag, den 10. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der preußische Befreiungskampf.

Der dritte Parteitag der preussischen Sozialdemokratie hat einen Verlauf genommen, würdig der bedeutungsvollen politischen Situation, in der er seinen stattgefunden hat. Wie die preussische Sozialdemokratie die treibende Kraft war, die den Gedanken der Wahlrechtsreform den herrschenden Mächten aufzwang, so ist sie jetzt am Werke, die Wahlrechtsreform gegen die gewaltigen Hindernisse, die ihr drohen, zu schützen, die Wahlrechtsreform aus einer elenden Scheinreform zu einer wirklichem Reform zu machen, die dem preussischen Volke sein Recht werden läßt.

Die Parteitage der Sozialdemokratie für Preußen, deren erster vor fünf Jahren stattfand, sind aus der preussischen Wahlrechtsfrage geboren worden und mit dieser Frage sind sie gewachsen und zu immer größerer politischer Bedeutung gediehen. Es gibt Gegner unserer Partei, die sich in dem Vorwurfe gefallen, die Sozialdemokratie hänge an alten Anschauungen an, die vor Jahrzehnten begründet wurden, und gehe mit neuen Verhältnissen nicht mit. Gerade aber die Entwicklung unserer Partei in dem preussischen Problem zeigt die Ungereimtheit solcher Vorwürfe, zeigt die Entwicklungsfähigkeit der sozialdemokratischen Partei. Es ist kaum ein Duzend Jahre verfloßen, als bei unsern preussischen Parteigenossen noch die Ansicht sehr reichlich vertreten war, daß die Partei sich um Preußen nicht zu kümmern brauche, daß der elende preussische Landtag in seiner eigenen Elendigkeit verfaulen werde, daß man diesen Verwesungsprozeß des Kadavers nicht stören solle, daß insbesondere eine Beteiligung an den Wahlen unter dem jammervollen Dreiklassenystem nicht nötig und unserer nicht würdig sei. Längst sind diese Anschauungen aufgegeben. Die Gerechtigkeit gebietet, der dahindreckenden Bemühungen von Genossen wie Leo Arons und Eduard Bernstein auf diesem Gebiete sich zu erinnern; ihnen folgend ist die Partei immer ernsthafter in die entscheidende Bedeutung der preussischen Frage eingedrungen, ist sie immer aktiver in der preussischen Politik vorgerückt. Die erstmalige allgemeine Wahlbeteiligung der Arbeiterklasse Preußens im Jahre 1903, die Einführung der besonderen preussischen Parteitage, das Aufgebot von mehr als 600 000 Wählern und die Eroberung von sieben Mandaten bei der Wahl von 1908 — das sind die hervorragendsten Momente der bisherigen Preußenpolitik unserer Partei. Der jetzt abgehaltene Parteitag schließt sich dieser Reihenfolge der Ereignisse bedeutungsvoll an.

Dieser Parteitag zeigt von neuem die Vertreterschaft der Arbeiter bereit und entschlossen, den großen Kampf um das Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus mit allem Nachdruck fortzuführen. Die Regierungsvorlage steht in naher Sicht, bald werden wichtigste Entscheidungen fallen. Alle Parteien müssen sich mit dieser Frage der Fragen befassen, die halsstarrigsten Sunker wie die ränkesüchtigsten Klerikalen wie die unzuverlässigsten Liberalen werden Farbe bekennen müssen. In dieser Situation ist wieder die Sozialdemokratie als Kuserin im Streit auf den Plan getreten, die Sozialdemokratie als die einzige politische Partei, die ohne jede Umschweife für das ganze, volle, gleiche Recht aller Staatsbürger kämpft.

Es ist — wie mehrere Parteiblätter unserer Auffassung nach mit Recht betonen — für den Fernerstehenden, der nur die Berichte vor sich hat, allerdings der Eindruck entstanden, als ob gewisse Unstimmigkeiten in der Berliner Wahlrechtsdebatte vorhanden waren. Einerseits hatte der Referent zu dieser Frage recht ausführliche Erörterungen über die Taktik im Parlament, über das Verhalten zu den anderen Parteien, von denen die Gestaltung der Wahlreform mitabhängig ist, angestellt. Andererseits lagen mehrere Anträge aus der Mitte der Parteigenossen des Landes, aus Frankfurt am Main, aus Breslau und so weiter vor, die eine noch energischer und gesteigerte Führung des Wahlkampfes forderten. Es wurde jedoch in etwas überraschender Weise aufgefordert, von jeder Diskussion abzusehen. Wenn aber der berechtigte Wunsch bestand, jede innere Diskussion auf dem Parteitage zu meiden und lediglich gegen die Feinde zu demonstrieren, so hätten doch auch die Auswerfung der tatsächlichen Fragen und die Angriffe auf die Anregungen, die zuvor von einigen Genossen in der Presse gegeben waren, unterlassen werden sollen. Und andererseits hätte doch, wie uns scheint, eine Aussprache der Parteigenossen über die Stimmung der Arbeiterschaft in den verschiedenen Landesteilen und über die weitere Führung des Kampfes die Wirksamkeit des Referats noch erhöhen und verstärken müssen. Freilich halten auch wir das große Forum eines Parteitages für rein taktische Erörterungen, ob und wann diese oder jene Kampfmaßregel wie Straßendemonstra-

tionen oder der politische Streik in Anwendung gebracht werden könne, nur unter besonderen Umständen für geeignet, und wir verstehen durchaus, daß man solche Debatten nicht übersprudeln lassen möchte. Etwas ganz anderes aber ist es, wenn die verschiedenen Landesteile zu Worte kommen, um die Kampfeslust ihrer Arbeiterbataillone zu erweisen.

Sedoch solche kleinere Zwischenfälle treten natürlich zurück hinter dem großen Gesamtausdruck der proletarischen Kampfesansage, die auf dem preussischen Parteitag erklang. Wir erwarten, daß ein wichtiger Widerhall dieser Ankündigung des Parteitages durch ganz Preußen gehen wird, daß die Parteigenossen überall alle Kräfte mobilisieren, um die bevorstehenden Kämpfe mit Wucht und Entschiedenheit zu führen. Es muß den feindlichen Gewalten bedeutet werden, daß sie sich schrecken, wenn sie meinen, die preussische Arbeiterklasse werde fatalistisch alles hinnehmen, was jetzt an Wahlrechtspsucherei versucht werden wird! Es gilt eine große, starke, die feindlichen Tücken besiegende Volksbewegung zu entfesseln!

Was sonst der preussische Parteitag zeitigte, war gleichfalls von Bedeutung und Tragweite: Karl Liebknechts Referat über die preussische Verwaltung brachte zum ersten Male eine vollständige und einheitliche Darstellung dieses ganzen Gebiets preussischer Urreaktion und ein umfassendes Programm zur Herbeiführung der Demokratie in der Verwaltung. Sehr bemerkenswert war es auch, daß der preussische Parteitag sich gegen etwaige Versuche wandte, den Kampf gegen Schnaps abzuschwächen, daß er den Leipziger Parteitagbeschlus nachdrücklich erneuerte.

Wenn der Parteitag den Anträgen auf Einrichtung einer besonderen preussischen Parteileitung nicht folgte, so werden diese Anregungen doch den Erfolg nicht verfehlen, daß alles aufgeboten wird, um mit den bisherigen organisatorischen Mitteln alle die großen Ansprüche zu befriedigen, die der preussische Wahlrechtskampf und die preussische Politik im allgemeinen stellen.

Alles in allem: Die Sozialdemokratie Preußens marschiert! Sie hat sich auf ihrem Parteitage gut gerüstet und wird in den nächsten entscheidungsreichen Zeiten den Befreiungskampf um Preußen und damit um das ganze Deutschland zu führen wissen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Furcht steckt drin, aber keine Besserung!

In Hamm war schon vor Wochen Propaganda gemacht für eine öffentliche Versammlung, arrangiert von der Zentrumspartei, in der Rechenschaft gegeben werden sollte über die Reichsfinanzreform, und zwar vom Vertreter des Kreises, dem Reichstagsabgeordneten Wiedeborg. Da der Herr nun nicht vom Zentrum, sondern erst mit Hilfe der 7000 sozialdemokratischen Stimmen gewählt wurde, die ihm nur zufielen, weil er sich gegen Volksausplünderung und für Volksfreiheiten und Volkseinkassungen festlegte, so sollte man annehmen, daß auch diese Wähler ein Recht hätten, ihre Meinung über sein Verhalten zum Ausdruck zu bringen. Aber so meint es das Zentrum nicht. Auf eine Anfrage unserer Parteileitung, ob in der fraglichen Versammlung Redefreiheit gewährt werde, kam die Antwort, daß sich das Zentrumskomitee mit dieser Anfrage beschäftigen werde. Eine weitere Auskunft erfolgte nicht mehr, wohl aber die öffentliche Ankündigung einer allgemeinen Versammlung der Zentrumspartei. Was das bedeutet, weiß jeder, der die schwarzen Finsterlinge und ihre alten Praktiken kennt. Dieweil es eine Versammlung der Zentrumspartei ist, hat sich jeder Teilnehmer auch als Zentrumsmann zu betragen, d. h. keine andere Meinung zu haben, als wie sie dort ein Wiedeborg über Zentrum und Reichsfinanzreform und ein Herold über die allgemeine politische Lage ihm verzapfen werden. Also keine öffentliche Wählerversammlung, damit ja keines der noch getreuen Schäfschen könnte angekränkt werden vom Geist der Unzufriedenheit. — Kein größeres Armutszugnis konnte sich die Zentrumspartei im allgemeinen und Herr Wiedeborg als Vertreter jenes Kreises im Reichstag im besonderen ausstellen, als durch diese Kapitulation vor der Öffentlichkeit und die Flucht in den internen Zirkel. Die Stimmen der gesamten Arbeiterschaft nahm der „Arbeiterkandidat“ des Zentrums gerne, um in den Reichstag zu gelangen; nun er darin ist, findet er nicht den Mut, seinen eigenen Wählern über seine Taten Rede und Antwort zu stehen.

Kapitalistische Steuerhosen.

Professor Hans Delbrück hat am 6. Januar im Berliner „Bund der Festbesetzten“ einen Vortrag über

die Veranlagung zur Einkommen- und Vermögenssteuer gehalten, in dem er erneut ausführte, daß in Preußen nur 91,5 Milliarden Mark Vermögen versteuert seien; 63 Milliarden Mark weniger, als steuerpflichtig sind. Selbst die, die diese Angabe als übertrieben bezeichneten, hätten zugeben müssen, daß die Summe mindestens 50 Milliarden Mark betrage. Das bedeute allein an Vermögenssteuer eine Einbuße von 25 Millionen Mark; dazu kämen noch die schwerer nachweisbaren, aber vielleicht noch krasserer Minusdeklarationen bei der Einkommensteuer, so daß in Preußen 120 Millionen Mark, im Deutschen Reich über 200 Millionen Mark an Steuern zu wenig bezahlt würden.

Die Steuerhinterziehungen verteilen sich in gleicher Weise auf Stadt und Land; es sei nur Torheit der Agrarier gewesen, die Verschuldigungen auf sich allein zu beziehen. Ihre Haltung gegen die Erbschaftsteuer habe sie allerdings sehr verdächtig gemacht. Von agrarischer Seite wurde nun nachgerechnet, daß von 80 Milliarden mobilien Kapitals nur 38 versteuert seien. Das würde richtig sein, entlaste aber die agrarischen Steuerdefraudanten nicht. Wer den Schaden trage, seien neben dem Staate die Beamten und Arbeiter, deren Einkommen bis auf den letzten Heller versteuert werde. Wenn schon die Anzeigepflicht der Unternehmer über die Einnahmen ihrer Angestellten dem Fiskus einen Gewinn von 15 Millionen gebracht habe, welche Summen würden dem Staate zufallen, wenn auch die Besitzenden gezwungen werden könnten, ihr Vermögen und Einkommen richtig anzugeben. Mittel dazu gebe es.

Delbrück verlangt, daß Sparkassen, Banken usw. verpflichtet werden sollen, alle Depots anzuzeigen, und daß die Einschätzungskommissionen anders zusammengesetzt werden. Viel wirkungsvoller dürfte es indessen sein, wenn den Steuerdeklarationen der Charakter eidesstattlicher Versicherungen beigelegt werde. Die Furcht vor dem Zuchthaus dürfte die Steuerbetrügereien der Besitzenden doch etwas eindämmen.

Der gerüffelte Müller-Meinungen.

Der freisinnige Abgeordnete Müller-Meinungen, der wegen seiner besonderen unangenehmen Eigenschaft, sich in alle möglichen Dinge einzumischen, in parlamentarischen Kreisen „Pimpell-Wichtig“ genannt wird, hat bei der Kandidatenfrage im Eisenacher Kreise wieder einmal eine unrühmliche Rolle gespielt. Er hatte sich die größte Mühe gegeben, einen möglichst reaktionären „liberalen“ Kandidaten ausfindig zu machen, der selbst dem im Eisenacher Kreise gewiß nicht verdöhnten Freisinn zu weit rechts stand. Herr Müller-Meinungen wird deswegen auch von der liberalen „Tagespost“ in Eisenach bei den Ohren genommen. Das Blatt schreibt:

„Wir schätzen und kennen Herrn Dr. Müller-Meinungen als freisinnigen Abgeordneten. Wir bedauern aber — und wir müssen das endlich notgedrungen einmal aussprechen — seine fortgesetzte Einmischung in die Angelegenheiten der Thüringer Wahlkreise, ein Einmischen, das er leider wiederholt zugunsten von uns politisch fernstehenden Persönlichkeiten und Bestrebungen in die Waagschale warf.“

Ob diese Abrißfelle bei der ausgeprägten Wichtigkeit der Müller-Meinungen viel helfen wird, ist mindestens sehr zweifelhaft.

Die Nonreise des Kanzlers.

Herr v. Bethmann-Hollweg wird sich während der Osterferien des Reichstages nach Rom begeben, um der italienischen Regierung seine Aufmerksamkeit zu machen. Mit diesem Besuch wird auch eine Zusammenkunft mit dem Fürsten Bülow verbunden sein.

Die Nachbarn der Wandler.

Eine am Sonnabend in Eisenach stattgefundene Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte beschloß einstimmig, bei der bevorstehenden Reichstagswahl den antisemitischen Kandidaten zu unterstützen. Weil also die Nationalliberalen nicht an dem Wandler Krug festhielten, soll ihnen ein kräftiger Durchfall bereitet werden.

Reichstagskandidat wider Willen.

Ein Reichstagskandidat, der von seiner eigenen Kandidatur nichts wissen will, ist zweifellos eine Seltenheit. Ein solcher Kandidat ist der von den Christlich-Sozialen und dem Bund der Landwirte im Wahlkreis Mühlhausen-Wipperfurth aufgestellte Pfarrer Schömann. Er erklärt, daß er sich an der Agitation nicht beteiligen werde. Diese Kandidatur ist nur deshalb aufgestellt worden, um zu verhindern, daß der Nationalliberale mit dem Zentrum in die Stichwahl kommt. Man will, daß sich der sozialdemokratische Kandidat mit dem Zentrum in der

engeren Wahl zu messen hat und rechnet dann auf das Zusammengehen aller nationalen Parteien.

Die preussische Wahlrechtsvorlage.

Wie die Scherzpresse mitteilt, wird die Wahlrechtsvorlage dem Landtag innerhalb vier Wochen nach seinem Zusammentritt zugehen. In den maßgebenden Instanzen besteht Einigkeit über die Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe, dagegen ist man sich noch nicht einig über das Maß der Konzeptionen, die nach der Seite des Pluralwahlrechts gemacht werden sollen.

Der Rede Sinn ist etwas dunkel. Auf das Dreiklassenwahlrecht kann das Pluralwahlrecht nicht gut aufgesetzt werden. Soll letzteres System zur Einführung gelangen, dann muß die Klassenwahl in Wegfall kommen. Aller Voraussicht nach wird diese Wahlrechtsvorlage ein faulerer Wechselfalg werden.

Kolonialgerichtshof.

Das Kolonialamt hat einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes zum Gegenstand hat. Dieser neue Gerichtshof soll in dritter und letzter Instanz in kolonialen Rechtsfällen entscheiden. Die Vorlage wird dem Reichstag Mitte Januar zugehen.

Die Schädlichkeit des Cofins.

Die Regierung macht die größtmöglichen Anstrengungen, um zu beweisen, daß das Cofinrot den deutschen Vorkriegern durchaus nichts schadet. Durch das Wollische Telegraphen-Bureau läßt sie folgende Mitteilung verbreiten:

Bekanntlich schweben im Kaiserlichen Gesundheitsamt Untersuchungen über die Frage der Gesundheitschädlichkeit des Cofins für Schweine. Die Versuche bestehen einerseits in der Verfütterung teilweise oder vollständig gefärbter Gerste, andererseits in der Verabreichung sehr großer Mengen von Cofin, um auch die akute Einwirkung dieses Stoffes auf den tierischen Organismus festzustellen. Während die Fütterung sich selbstverständlich auf einen längeren Zeitraum erstrecken muß, läßt sich aus den anderen Versuchen schon jetzt mitteilen, daß es nicht gelungen ist, selbst mit einer an einem und demselben Tage von dem Schwein aufgenommenen Menge von 300 Gramm Cofin, also mit weit mehr als dem Tausendfachen dessen, was einem Schwein bei normaler Fütterung mit gefärbter Gerste zugeführt wird, Krankheit oder gar eine tödliche Wirkung zu erzielen.

Möglich, daß es Schweinemagen gibt, die selbst ein halbes Pfund Cofin vertragen, wie es auch Menschenmagen gibt, die schädliche Stoffe in ansehnlichen Mengen verdauen; aber daraus folgt noch nicht, daß nun auch allen weiteren Schweinen das Cofin, und zwar die andauernde Aufnahme dieses Farbstoffs in ihren Körper, nichts schadet. Um diese Frage zu beantworten, sind jedenfalls viel weiter ausgedehnte, sorgfältigere Beobachtungen nötig. Zudem handelt es sich aber gar nicht allein darum, ob die Cofingerste gesundheitschädlich ist, sondern auch zugleich um die Feststellung, ob die Schweine die Cofingerste willig fressen und bei diesem Futter ebenso gut gedeihen wie bei ungefärbter Futtergerste.

Abgeschüttelt.

Der Spargelplantagenbesitzer Volger wird jetzt von der Führung des Bundes der Landwirte preisgegeben und hat seinen Austritt aus dem Bund erklärt. In einer Verlautbarung, in der der nationalliberale Reichstagsabg. Dr. Arning sprach, hatte Herr Volger erklärt:

„Es sei nicht praktisch und auch nicht wünschenswert, daß der kleine Mann wirtschaftlich hochkomme.“
Warum mußte der Herr aber auch so offen aussprechen, was die Führer des Bundes der Landwirte denken?

Die bevorstehenden Reichstagsersatzwahlen

in Eisenach und Mühlheim haben das patriotische Gewissen der „Deutschen Tageszeitung“ sehr erregt. In Eisenach regte 1907 in der Stichwahl Schack mit 934 Stimmen über den sozialdemokratischen Kandidaten, der 909 Stimmen erhielt. Das Bündlerorgan schreibt nun:

„Dem Genossen fehlten also zum Siege nur wenige Stimmen. Schuld an dem wenig günstigen Stichwahlergebnisse waren damals die Liberalen, die, wie sie das gewöhnlich zu tun pflegen, eine ganz unklare Stichwahlparole ausgegeben hatten. Bei der bevorstehenden Ersatzwahl dürfte das Stimmenverhältnis sich nicht wesentlich ändern, und es wird jedenfalls wieder von den Liberalen abhängen, ob ein nationaler oder antinationaler Kandidat in den Reichstag einzuziehen wird. Daß der nationale Kandidat in der Stichwahl die Unterstützung des Zentrums erhalten wird, halten wir für selbstverständlich, ebenso, daß der liberale Kandidat, wenn er, was wir nicht glauben, in die Stichwahl kommen sollte, die Unterstützung aller nationalen Wähler finden wird.“

Was den Kreis Mühlheim anlangt, so meint die „Deutsche Tageszeitung“:

„Es wird, wenn der Kandidat des Zentrums nicht im ersten Wahlgange gegen sollte, voraussichtlich zu einer Stichwahl zwischen ihm und dem sozialdemokratischen kommen. Daß es in diesem Falle die Pflicht aller nationalen Wähler sein würde, für den Sieg des Zentrumskandidaten mit aller Kraft zu wirken, ist so selbstverständlich, daß es sich eigentlich erübrigt, es hier zu wiederholen. Die bündlerischen und christlich-sozialen Stimmen werden ihm sicher zufließen. Wie sonst die Wahlparole auch lauten mag: bei Stichwahlen, an denen sozialdemokratische beteiligt sind, kann es für wirklich nationale Wähler nur eine Parole geben und die muß lauten: Gegen die revolutionäre Sozialdemokratie!“

Das ist der ewig unveränderliche Refrain, mit dem die Liberalen geködert werden sollen und sich weiß machen lassen. Es bedarf schon sehr starker Antriebe, um diesen „nationalen“ und „antimilitaristischen“ Lockungen zu widerstehen. Solcher Antriebe ist in der unerhörten Steuerbelastung der Volksmassen durch die „Arbeitslosenreform“ gegeben und sie hat sich bei den bisherigen Ergebnissen wenigstens zum Teil wirksam gezeigt. Daß es auch bei den kommenden Wahlen ge-

sehen wird, kann erwartet werden. Und so ist wenigstens in Eisenach mit einiger Sicherheit auf einen sozialdemokratischen Sieg zu rechnen, trotz aller „nationalen“ Spekulationen und Machinationen der Gegner.

Die Postkonferenz.

Im Reichspostamt trat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kraetke am Freitag mittag die Postkonferenz zusammen. Der Bund der Landwirte war durch seinen Geschäftsführer, den Abgeordneten Dr. Koeslke vertreten. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

Die Gründe gegen eine Wiedereinführung des Anknüpfstempels bei gewöhnlichen Briefen, die Mitwirkung des Publikums bei der Ausfüllung von Posteinlieferungsbescheinigungen für Pakete, Einführung von Postlagerkarten, die Witzbände im Nachnahmeverkehr.

Der Staatssekretär ist mit der freiwilligen Einberufung dieser Postkonferenz einem Beschlusse des Reichstages zuvorgekommen. Der bedauerliche Rückgang, in dem sich unser Reichspostwesen befindet, hat im Reichstag den Antrag gezeitigt, einen ständigen Postbeirat zu schaffen, damit die Postbureaunkratie nicht auch fernerhin so weftremd weiterwirtschaften kann. Diesem Antrag wollte Herr Kraetke offenbar die Spitze abbrechen. Daß er die Aufgabens des Postbeirates nicht zu weit gesteckt wissen will, ergibt sich schon daraus, daß auf der Tagesordnung der jetzt stattfindenden Konferenz die so brennende Frage der Verteuerung der Telephongebühren nicht steht. Der Reichstag wird trotzdem den ständigen Beirat für das Post- und Telegraphenwesen beschließen und auch gleich bestimmen müssen, daß dieser Beirat bei allen Verkehrsfragen von einiger Wichtigkeit zu hören ist. Vielleicht ist es auch angebracht, nach dem Muster des Beirates für Arbeiterstatistik, einige Mitglieder des Reichstags in diesen Beirat zu delegieren.

Um den Teilnehmern an der Postkonferenz zu beweisen, daß die Wiedereinführung des Anknüpfstempels für Briefsendungen eine unnötige Zeitvergeudung sei, wurden die Herren am Sonnabend in früher Morgenstunde durch das Briefpostamt in der Königstraße geführt, um den Betrieb zu besichtigen. Später trat man wieder zu einer Sitzung zusammen, um den Rest der gestellten Aufgaben zu erledigen. Beschlüsse sind natürlich nicht gefaßt worden und es muß nun abgewartet werden, ob Herr Kraetke Nutzen aus der Konferenz gezogen hat.

Die bischöfliche Fronde.

Der elbisch-lathringische Klerus hat offenbar die Absicht, den Konflikt mit der dortigen Staatsverwaltung auf die Spitze zu treiben. Man merkt, daß das Zentrum wieder das Heft in der Hand hat. In den schroff zurückweisenden Schreiben der Bischöfe von Metz und Straßburg kommt nun noch eine Demonstration des Straßburger Domkapitels. Unter Führung des Weihbischofs Born von Bulaß, eines Bruders des Staatssekretärs Born von Bulaß, hat das Domkapitel eine Zustimmungadresse an den Bischof Dr. Frigen beschlaffen. Dem Bischof wird darin der Dank dafür ausgesprochen, daß er die Rechte der Kirche in so entschiedener Weise gewahrt habe. Ohne Zweifel hat dieser Vorfall noch ein Nachspiel im Reichstag, und man darf gespannt sein, welche Stellung der Reichskanzler seinen ultramontanen Helfern im Steuerkampf gegenüber einnehmen wird.

Die Südwestafrikaner gegen Dernburg.

Gleich den Föderalbüchern wehren sich auch die Interessenten von Keetmanshoop, Windhuk und Swakopmund gegen Dernburgs Protektionswirtschaft im Diamantgebiet.

Der Gemeinderat von Keetmanshoop telegraphierte an den Reichstag, daß er gegen jede Politik protestiert, welche durch Verschwendung von überaus wertvollen Konzeptionen wie z. B. an die Deutsche Diamantengesellschaft, die Werte aus dem Lande herauszieht, die Schulden aber dem Lande beläßt, und die Gemeinderäte von Windhuk und Swakopmund telegraphierten an den Reichskanzler:

„Zeitungsnotizen zufolge will Reichskolonialamt Deutscher Diamantengesellschaft dauernde Sonderberechtigungen im Sperrgebiet ohne Gegenleistung der Gesellschaft verleißen. Wir erblicken darin eine schwere Schädigung des Landes und seiner Bewohner, die müßig die Kosten der Selbstverwaltung auf sich nehmen, dafür aber auch erwarten, daß die Schätze des Landes nicht mehr Kapitalisten ausgenutzt werden, die nichts für das Land getan haben. Wir bitten Euer Exzellenz, zu veranlassen, daß Sonderberechtigungen nur bei entsprechender hohen Gegenleistungen der Gesellschaften und nach Anhörung des Gouverneurs und des Landrates erteilt werden, zumal Grund zur sofortigen Erteilung nicht vorliegt.“

Dernburg will sich gegen diese Anklagen in einer Denkschrift über die Entwicklung und den Stand der Diamantenfrage in Südwestafrika verantworten. Die Denkschrift soll dem Reichstage in den nächsten Tagen zugehen. Man kann auf den Inhalt derselben gespannt sein!

Dänemark.

Sozialdemokratischer Wahlsieg. Nachdem der Genosse P. Knudsen infolge seiner Wahl zum Bürgermeister sein Folkethingmandat niedergelegt hatte, fand am Dienstag im 10. Wahlkreis Kopenhagens die Ergänzungswahl statt. Gewählt wurde der Genosse Dr. Gustav Bang mit 3189 Stimmen der Sozialdemokraten und Radikalen gegen 1936 konservative Stimmen. Bei den allgemeinen Folkethingwahlen im Mai vorigen Jahres hatte P. Knudsen 3751, der Konservative 2601 Stimmen erhalten. Die Wahlbeteiligung war also jetzt, wie das in der Regel bei Ergänzungswahlen der Fall zu sein pflegt, geringer als damals, für den sozialdemokratischen Kandidaten um 15 Proz., für den konservativen um 25 Proz. Bei unseren Parteigenossen ist aber der Rückgang der Stimmzahl offenbar darauf zurückzuführen, daß Hunderte von Arbeiterwählern des Kreises gegenwärtig im Auslande ihr Brot verdienen, weil sie in der Heimat keine Arbeit finden konnten. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist die Zahl der sozialdemokratischen gegenüber der Wahl im vorigen Jahre von 59 auf 62 Proz. gestiegen. Das ist ein gutes Vorzeichen für die allgemeinen Folkethingwahlen, die wahrscheinlich schon in diesem Frühjahr stattfinden werden, da das neue Ministerium, wenn es sein demokratisches Re-

formprogramm zur Geltung bringen will, darauf bedacht sein muß, sich eine zuverlässige Mehrheit im Parlament zu verschaffen.

Rußland.

Gefängnisarenel. Aus Irkutsk wird unter dem 31. Dezember folgendes telegraphiert: Im Zentralfängnis in Alexandrowsk finden unter den politischen Rotorgangefangenen, deren Zahl 600 übersteigt, Massenerkrankungen an Lungenschwindsucht statt. In den unglücklich überfüllten Zellen müssen die Gefangenen auf dem Fußboden und selbst unter den Pritschen schlafen. Die Übergabe von Geld ist verboten, und die Gefangenen sind gezwungen zu hungern.

Wie es zum russisch-japanischen Kriege kam. Der Pariser „Monde Illustré“ veröffentlicht von Burzeu mitgeteilte Aufklärungen über den Ursprung des russisch-japanischen Krieges, die durch drei nicht uninteressante geheime Dokumente unterstützt werden. Nach dieser Darstellung drängte die russische Sozialpartei seit Mitte der neunziger Jahre aus Angst vor der Revolution zum Krieg. Kurapatkin, Witte und Lambsdorff, die Japans Stärke kannten, wollten den gefährlichen Krieg verhindern, aber die Intimen des Zaren, Plehwe, Besobrajow und Albaza gaben im Namen des Zaren Instruktionen an die russischen Vertreter in der Mandschurei und Japan, von denen die offizielle Regierung nichts wußte. Die drei mitgeteilten Dokumente stellen Instruktionen des Zaren an Alexejew dar, die darauf schließen lassen, daß die Umgebung des Zaren ein Zurückweichen vor den Japanern empfahl, um diese im kritischen Augenblick der Verhandlungen zum Angriff zu reizen. So telegraphierte der Zar unterm 14. Januar 1904 die persönliche Instruktion an Alexejew, Rußland würde selbst bei einer Landung der Japaner im Süden oder Osten Koreas durch die Finger sehen. Es könnte die japanische Besetzung Koreas bis zur Wasserscheide des Salu hinnehmen ohne den Krieg zu erklären. Am 26. Januar gibt der Zar die Instruktion, es sei wünschenswert, daß die Japaner die Feindseligkeiten beginnen, und daß ihnen deshalb die Landung an der Südküste Koreas bis Henfah nicht abgelehnt werden sollte; nur wenn die Japaner, von Westen kommend, den 38. Parallelgrad überschreiten sollten, sei es Alexejew erlaubt, zuerst anzugreifen. Diese Instruktion des Zaren wurde so gut befolgt, daß die Japaner bis in den Hafen von Port Arthur vordringen konnten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 10. Januar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Lorkuhl in Rüdow (Zwischenmeister Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Der dritte Rühle-Abend findet morgen, Dienstag, im Gewerkschaftshaus statt. Wir machen die Genossen darauf besonders aufmerksam.

Bürgerchaftsarbeit. Im Jahre 1909 trat die Bürgerchaft 26mal zusammen. Die Gesamtdauer der Verhandlungen betrug, nach den „Lüb. Blättern“, 99 Stunden 50 Minuten, die durchschnittliche Länge einer Sitzung 3 Stunden 50 Minuten gegen 3 1/2 Stunden im Vorjahre. 14 Sitzungen dauerten je 4 Stunden und darüber. Die Sitzung am 28. Dezember dauerte sogar 5 Stunden. Im Jahre 1908 wurden 23 Sitzungen abgehalten, die zusammen 78 Stunden dauerten, im Jahre 1907 19 Sitzungen von 6 1/2 stündiger Dauer.

Ein Jahr Jugendgericht. Man schreibt uns: Das am 1. Januar 1909 in Tätigkeit getretene Jugendgericht bei dem hiesigen Amtsgerichte hat in seinem ersten Geschäftsjahre im 48 Sachen gegen insgesamt 59 Angeklagte zu verhandeln gehabt. Zu diesem Zweck sind acht Sitzungen abgehalten und zwar im August zwei, im Februar, März, Mai, Juli, Oktober und November je eine. Diese Zahlen sind erfreulicherweise nur klein. Der mäßige Umfang der Beschäftigung des Gerichts ermöglichte es, auf die Behandlung jeder einzelnen Sache mehr Zeit zu verwenden, als das sonst in strafgerichtlichen Hauptverhandlungsterminen geschehen kann. Dies kam namentlich der psychologischen Ergründung der Sachen zu statten. Hierbei wurde das Gericht andererseits auch dadurch unterstützt, daß die meisten Angeklagten mit den durch die Staatsanwaltschaft eingeladenen gesellschaftlichen Vertretern erschienen. Die Anwesenheit des gesellschaftlichen Vertreters, also des Vaters, der Mutter oder des Vormundes, ist durchweg von Vorteil. Es kommt in gewissen Fällen vor, daß die jugendlichen Angeklagten sich dadurch gleichsam geborgen fühlen, während es in anderen Fällen auch bedeutungsvoll sein kann, daß die gesellschaftlichen Vertreter durch die unmittelbaren Eindrücke der Hauptverhandlung zu besserer Beaufsichtigung des strafbaren gewordenen Kindes angeregt werden. Nur in einem einzigen Falle war zu rügen, daß von der Mutter auf die angeklagte Tochter in unangemessener Weise eingedringt wurde.

Nach dem Gesagten hat auch die Inanspruchnahme der Mitglieder des bei dem Gemeindevorstand für die Stadt und Vorstädte bestehenden Jugendgerichts-Ausschusses sich in bescheidenen Grenzen halten können. Dabei kam außerdem in Betracht, daß für weibliche Angeklagte durch eine besondere Organisation in ausgiebiger und sehr dankenswerter Weise gesorgt ist. Der ehemals Kostkinder genannte Damenverein hat nämlich seine Einrichtungen dahin geändert, daß er sich jetzt Verein Jugendhelfer nennt und eine besondere Abteilung, bezeichnet: Jugendgerichtshilfe, gebildet hat. Mitglieder dieser Abteilung stehen für jede Sitzung, in der weibliche Angeklagte abzuurteilen sind, zur Verfügung.

Schließlich mag es noch von Interesse sein, daß nur ein einziges Mal gegen ein Urteil des Jugendgerichts Berufung eingelegt worden ist; die Entscheidung des Landgerichts steht in diesem Falle noch aus. Häufig ist nach eingetretener Berufung die Sache des Senates mit Erfolg angerufen worden. Nicht selten hat das Jugendgericht selbst schon bei der Urteilsverkündung die Einreichung eines Obnabengehüdes empfohlen. Das Gericht bemüht sich dadurch, neben der ihm, wie allen Strafgerichten, gestellten Aufgabe, Recht zu sprechen, auch seiner eigentümlichen Aufgabe zu dienen, der Aufgabe nämlich, in ganz besonderem Grade der stiftlichen Aufhilfe die Wege zu weisen.

Die Lübecker Straßenbahn beförderte im Monat Dezember 536 093 Personen gegen 489 468 im gleichen Monat

des Vorjahres; mithin 1909 mehr 66 625 Personen. Vom 1. April bis Ende Dezember 1909 wurden insgesamt 4 891 761 Personen befördert gegen 4 630 965 im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 1909 mehr 260 796 Personen.

Die Bevölkerung des Freistaates Lübeck bestand am Schlusse des Jahres 1908 aus 112 799 Personen; von denen 55 299 männlichen und 57 500 weiblichen Geschlechts waren. Auf die Stadt Lübeck entfielen 96 389 Personen, auf Travemünde und die Landbezirke 16 400. Bemerkenswert ist, daß die Bevölkerungszahl der Stadt Lübeck am 31. März 1909 geringer war, als Ende Dezember 1908; sie betrug nur 95 828 Personen. Die mittlere Bevölkerungszahl Lübecks im Kalenderjahre 1908 belief sich für die Stadt auf 95 806, für den gesamten Staat auf 111 952. Bei der letzten Volkszählung am 1. Dezember 1905 hatte die Stadt Lübeck 91 541, der Staat insgesamt 105 857 Einwohner.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen fahrlässiger Körperverletzung am Sonnabend ein Bautechniker zu 100 Mark und ein Maurerpolier zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Straftat der beiden Verurteilten bestand darin, daß sie bei einer Bauausführung die nötigen Schutzmaßregeln unterließen; einem Wasserleitungsrohr ein Ziegelstein auf den Kopf und verletzten ihn erheblich. — Zu 50 Mk. Geldstrafe wurde der Pelzer Sch. verurteilt, der in der Glasmotoffabrik des Lübecker Industriegebietes tätig ist. Sch. hat unter Außerachtlassung der Unfallverhütungsvorschriften eine Maschine in Betrieb gesetzt, als der Arbeiter G. damit beschäftigt war, die Ursachen einer Störung an der Maschine zu beseitigen. Dem Arbeiter wurden drei Finger der linken Hand zermalmt.

Der Unterhaltungsabend unserer freien Jugendorganisation, der am Sonntag im Gewerkschaftshaus stattfand, nahm einen prächtigen Verlauf. Die Kapelle der Schwimmverein brachte die einzelnen Konzertstücke formvollendet, klang- und stimmungsvoll zum Vortrag, wofür ihr reichlicher Beifall gesendet wurde. Besonders gelobt wurde Herr Meyer für sein Trompetensolo in der „Post im Walde“. Die Ansprache des Genossen Bromme, der in knappen Umrissen die Entwicklung der proletarischen Jugendbewegung aufstellte und die alten und jungen Genossen zu weiterer eifriger Agitationsarbeit aufforderte, erntete ebenfalls lauten Beifall. Auch die einzelnen Deklamationen hatten starken Erfolg. Ein schönes Talent für Rezitation offenbarte ein junger Genosse, der das ergreifende Gedicht „Aus Sturmesnot“ deklamierte. Zwei junge Damen, die zwei Volkslieder besonders schön sangen, mußten sich zu einer Zugabe verstehen. Einen starken Lacherfolg hatten die komischen und humoristischen Nummern. Alles in allem kann der Abend als ein wohlgefolgerner bezeichnet werden.

Trinkt kein Bier zu erhöhten Preisen! So lautet der Beschluß, den hier in Lübeck eine Volksversammlung mit großer Mehrheit gefaßt hat. Bierkonsumenten richtet euch darnach!

pb. Ein Schwinder. Gegen einen hiesigen Uhrmacher R. wurden in letzter Zeit mehrere Anzeigen wegen Betruges, bezw. Unterschlagung erstattet. Er geht von Haus zu Haus und bietet sich zum Reparieren von Uhren an, bringt aber die ihm zur Reparatur übergebenen Uhren zum größten Teil nicht zurück, sondern verpfändet sie und verbraucht den Erlös für sich.

pb. Er ist wieder da. Der vermählte Musterkoffer hat sich wieder angestrichelt. Der beauftragte Arbeiter hatte ihn in einem falschen Gasthof abgegeben.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Dienstag ist Shakespeares Tragödie „König Lear“ wieder angelegt. Am Mittwoch kommt bei ermäßigten Preisen Otto Lubwigs wirkungsvolles Schauspiel „Der Erbförster“ zur sechsmaligen Aufführung. Am Donnerstag findet ein Gastspiel von Alois Bennarini vom Hamburger Stadttheater als „Siegfried“ in Wagners gleichnamigen Musikdrama statt.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag, dem 14. Januar findet ein einmaliges Gastspiel des Jbsen-Theaters, Internationale Tournee Maria Rehoff mit eigenem Ensemble statt, und zwar geht das Schauspiel „John Gabriel Borkmann“ von Henrik Ibsen in Szene.

Bjendorf. Eine Volksversammlung — für unseren Ort ein seltenes Ereignis — fand gestern auf der Diele eines hiesigen Einwohners statt. Aufmerksam lauschten die zahlreich erschienenen Besucher den Ausführungen des Genossen Stellung-Lübeck über die politische Lage. So manchem ergrauten Arbeiter war das hier Gesagte etwas vollständig Neues und dennoch empfand er, daß die Schlussfolgerungen des Redners: „Nur durch die Sozialdemokratie kann das Los des ländlichen Proletariats gebessert werden“ richtig ist. Der Aufforderung des Vorsitzenden, Genossen S. Fick-Storkelsdorf zum Anschluß an die Partei leisteten mehrere Besucher Folge.

Malente-Gremsmühlen. Lebendig verbrannt. In dem benachbarten Neulichen hat sich Donnerstag vor-mittag ein schreckliches Brandunglück zugetragen. Die Frau des Zimmermanns St. hatte sich auf kurze Zeit aus dem Hause entfernt und ihr vierjähriges Kind spielend im Zimmer zurückgelassen. Das Mädchen hat sich dann wohl am Ofen zu schaukeln gemacht und die Ofenröhre geöffnet, wobei die Kleider Feuer gefangen haben. In der Angst ist das unglückliche Wesen aus dem Zimmer gelaufen, um die Straße zu erreichen. Man fand das jahrelang verbrannte Mädchen tot vor der verschlossenen Haustür liegen.

w. Mülln. In der ziemlich gut besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Sonntag nachmittag erstattete der Genosse Wagner den Bericht vom Parteitag der preussischen Sozialdemokratie. Recht anschaulich schilderte der Genosse die Verhandlungen, am Schluß die Mitglieder auffordernd, energischer als bisher für die Beseitigung der Dreiklassenwahl einzutreten. Die Versammlung war mit der Stellungnahme des Genossen Wagner den gefaßten Beschlüssen gegenüber einverstanden. Ein Antrag, den Vorstand zu beauftragen, bei der Geschäftsleitung des Lübecker Volksboten vorzulegen, um zu werden, wenn irgend möglich die Sitzungsberichte des preussischen Landtages recht ausführlich zu bringen, wurde angenommen. Zum Schluß wurden interne Angelegenheiten verhandelt.

w. Mülln. Volksversammlung. Am Sonnabend fand Mülln im Zeichen der Versammlungen, Reservistenverein, Schweineversicherungsgilde, Zentralverband der Maurer und Volksversammlung, gewiß eine Überlastung für einen Ort wie Mülln. Trotz alledem waren zirka 150 Personen dem Rufe der Parteileitung zur öffentlichen Volksversammlung gefolgt, um das Referat des Gen. S. Schamburg aus Hamburg, welches neuen Reichstagskandidaten, über „Die reaktionäre Überbrückung Preußens-Deutschlands“ entgegenzunehmen. Dem aktuellen Thema sowie der außerordentlich ansprechenden Vortragweise des Referenten folgten die Versammelten mit Interesse; lebhafter Beifall wurde dem Redner zuteil. Gen. Schamburg hat es verstanden als Reichstagskandidat bei seinem

ersten Auftreten in Mülln den besten Eindruck zu erwecken.

Neudorf b. Gutin. Wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr! Nachdem es der Sozialdemokratie dank ihrer energischen Agitationsarbeit gelungen ist, auch im Landkreis Gutin in der ländlichen Bevölkerung Eingang zu finden, wird's den Agrariern etwas schweiß und Herz. Sie legen die nicht unbegründete Befürchtung, daß schließlich auch im Landgebiete des Fürstentums Lübeck für sie nichts mehr herauszuholen ist. Deshalb versuchen sie es nunmehr auch hier mit einem alten Mittel, um die Sozialdemokratie außer Acht zu lassen. Sie treiben uns die Lokale ab. Jetzt haben sie ihr Heil wieder — leider mit Erfolg — im benachbarten Quistorf versucht. Dort stand uns seit einiger Zeit das Lokal des Herrn Gosh zur Verfügung. Starbefelegte Versammlungen wurden dort abgehalten; der Wirt machte ein gutes Geschäft. Da er aber hiervon alleine nicht leben kann und auch die Gutiner Arbeiter nach dieser Richtung hin ihre Schuldigkeit nicht getan haben, so fanden die Sendlinge der Agrarier bei Herrn Gosh ein williges Ohr: Er verweigerte uns sein Lokal. So mußte eine für gestern abend in diesem Lokal geplante Volksversammlung ausfallen. Die Agrarier aber haben sich, das kann heute schon gesagt werden, verrechnet. Das Mittel der Saalabtreibung hilft auch nichts mehr. Wenn es auch schwer hält, so finden sich dennoch Freunde, die unabhängig sind und uns ihre Scheunenbänke oder einen Hofplatz zur Verfügung stellen. Auch hier werden wir uns auf diese Weise helfen können. Das Vorgehen der Agrarier ist also ein Schlag ins Wasser. Die Arbeiter aber haben heraus die richtige Lehre zu ziehen: Sie müssen sich noch fester als bisher in Partei und Gewerkschaft zusammenschließen und den Grundsatze befolgen: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Dann wird die Arbeiterbewegung auch auf dem Landgebiete weiter vorwärts kommen; der Arbeiterschaft zu Ruh, den Segnern zum Trug!

Hamburg. Aus der Bürgerschaft. Der Hauptpunkt der letzten Bürgerschaftssitzung war die Debatte über die Lehrerkollegien der staatlichen höheren Mädchenschulen. Seinerzeit ist sehr dagegen getämpft worden, daß bei dieser neuen Kategorie von Schulen die Vorschulklassen eingerichtet, also neue Ständeschulen für die „Bessergestellten“ geschaffen würden. Schließlich waren aber nur die Sozialdemokraten festgeblieben und hatten gegen die mit den Vorschulklassen beantragten höheren Mädchenschulen gestimmt. Jetzt, wo diese Schulen ins Leben treten sollen, zeigen sich sofort die Bestrebungen, ihren Charakter als Ständeschulen möglichst prägnant auszudrücken. Dr. Voller von der Rechten beantragte und verteidigte eine höhere Bezahlung der Lehrerinnen an den Vorschulklassen bei gleichzeitiger Entbindung dieser vom zweiten Examen, d. h. für den Elementarunterricht — denn nur um diesen handelt es sich — wird mehr bezahlt als in den Volksschulen, aber die Zulassung zum Lehramt ist an leichtere Bedingungen geknüpft, was offenbar darauf berechnet ist, daß man für die Vorschulklassen schon „Ständegemäße“ Lehrerinnen auf Lager hat, bei denen die „Familie“ wichtiger ist als die Qualifikation. In scharfer Weise trat unser Genosse Stolte in diesen Plänen entgegen, denen auch die Herren Junge und Friede widersprachen. Bei der ziemlich komplizierten Abstimmung gab es eine scharfe Scheidung; gegen die Ständegemäßen Pläne stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, Vereinigten Liberalen und die Linke; für sie Linkes Zentrum und Rechte. So wurde mit knapper Majorität — es waren nur einige Stimmen Differenz — der Antrag Voller in allen seinen Teilen abgelehnt und der Ausschuh Antrag angenommen. Doch die Rechte und das Linke Zentrum bestätigten in der Gesamtabstimmung die gefaßten Beschlüsse nicht, so daß es zu einer zweiten Lesung kommen wird. Offenbar hoffen die Herrschaften, daß sie die „Schwänzer“ heranzumandieren können und so doch noch ihren Willen durchsetzen werden.

Hamburg. Der zurückgekehrte Defraudant. Der kurz vor Neujahr wegen einer bevorstehenden Revision der von ihm verwalteten Kasse nach der Schweiz entflohenen Polizeikommissar Kohde ist gestern zurückgekehrt und hat sich der Polizei gestellt. Die von ihm verwaltete Kasse weist jetzt nur noch einen Fehlbetrag von 37,97 Mk. auf und auch diesen hat Kohde jetzt beglichen. Es wird jedoch vermutet, daß Kohde noch bei der Stempelung von Tanzurlaubsscheinen Unregelmäßigkeiten verübt hat und zwar dadurch, daß er einen höheren Betrag erhob, als er an die Kasse abführte. Über diese Frage schwebt die Untersuchung noch.

Riel. Folgeschweres Unglück bei Besichtigung der Krupp'schen Schiffswerft durch die chinesische Studienkommission. Die chinesische Studienkommission, unter der sich ein chinesischer Admiral und ein leibhaftiger chinesischer Prinz befindet, ist Freitag abend in Riel eingetroffen, um die Werft- und Marineanlagen zu besichtigen. Eine große Anzahl von Würdenträgern der Marine- und sonstigen Behörden und die nötige Schutzmannschaft waren zur Begrüßung aufgeboten. Von der Krupp'schen Werft war am Freitag abend ein großes Festessen veranstaltet worden und im Laufe dieses Tages waren bei der Werft alle Anstalten getroffen worden, um der Kommission möglichst alles günstig darzustellen. Auf der Werft war großes Anrauchen, herumliegende Schienen wurden mit Brettern überdeckt usw. Ja, die Arbeiter mußten bis 4 Uhr nachmittags durcharbeiten, damit die Kommission, zu welcher Tageszeit sie auch kommen werde, die Werft in Betrieb finde. Aber es sollte anders kommen. Die Kommission kam Sonnabend, nachdem sie die Marineakademie und die Reichswerft besichtigt hatte, kurz vor Mittag zur Besichtigung der Krupp'schen Werft. Bei der Gelegenheit wurde der große Kran der mechanischen Werkstätte mit voller Belastung in Betrieb vorgeführt. Dabei stürzte der an diesem großen Kran befestigte Schwenkran nieder, weil die Schrauben, mit denen er befestigt war, sich gelockert hatten. Der Volontär Claussen wurde schwer verletzt; er ist noch im Laufe des Nachmittags gestorben. Der Bureauvorsteher Büttner und ein Lehrling wurden leichter verletzt. Die Kommission wird also die Auffassung mitbekommen haben, daß auf der Werft, soweit die Schutzvorrichtung für Arbeiter in Betracht kommt, noch nicht alles so ist, wie es sein sollte.

Rostock. Der staatsgefährliche „Kater Lampe“. Die Rostocker Stadttheater-Deputation hat sich einen Streich geleistet, der einer Behörde des Ostseeprofandes würdig ist. Sie hat die lustige Komödie „Kater Lampe“, die bekanntlich unsern frühverstorbenen Parteigenossen Emil Rosenow zum Verfasser hat, verboten. Das Stück sollte als erste Volksvorstellung in Szene gehen. Es ist auf fast allen deutschen Bühnen, auch an Hoftheatern, schon unzählige Male mit stärkstem Peterkeisererfolg gegeben worden. Selbst schwärzeste Reaktionen haben sich an der gelungenen Wertschätzung eines ergebigen Geniebesonders hauptes und sonstiger Ordnungshüter schmunzelnd ergötzt; denn trotz ihrer gefälzerten Satire hält sich die Komödie durchaus frei von parteipolitischen Tendenzen, behandelt vielmehr ihren Stoff durchaus in künstlerischer Weise. Die

kunstförmige Theaterdeputation der guten Stadt Rostock aber sagt: Kunst hin, Kunst her — die Hauptsache ist: das Stück hat ein Sozialdemokrat geschrieben; ergo darf es in Mecklenburg nicht aufgeführt werden. Die fünf Herren, die sich durch dieses Verbot mit Ruhm bedekken, heißen: Bürgermeister Becker, Senator Paschen, Kammerlenrat Mahn, Rentier Verringer, Fabrikbesitzer Dr. Friedrich Witte.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „König Lear“, Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare. Dieser Sonnabend bedeutet in der heurigen Schauspielersaison einen Höhepunkt. Mit einer nahezu monumentalen Wucht vorstufte die dramatische Symphonie über die Undankbarkeit rüber. In der Tat, man könnte im „Lear“ bei aller Geschlossenheit und dramatischen Steigerung des Geschehens von einer musikalischen Behandlung des Motivs sprechen. Mit grandioser Meisterschaft variiert der große Britte sein Thema in mannigfacher Weise. Wie die Stimmen eines Orchesters in reizvoller Schattierung der Klangfarben greifen hier die handelnden Personen ineinander. In breiter, unendlich fein nuancierter Ausmalung entrollt sich ein bedeutsames Innenleben. Aus den Stürmen einer herblichen Gewitternacht und der Leidenschaft: des gequälten Menschenherzens weben sich düstere Akkorde von magischer Macht, die den Hörer bis ins Innerste erschauern lassen. Es ist ein einziger, welterschütternder Aufschrei eines Dichtersherzens, auf dem die Undankbarkeit und das Glend dieser Erde lastet. Und kein lösendes Aufatmen am Schlusse: die sonnligen Lichter, die so doppelt hell und wärmer im Innern dieser Schreden erglänzen, werden mit den finsternen Dämonen von der Nacht verschlungen. Die Tragödie des Pessimismus? — Angefichts der schauspielerischen Meisterleistung, die in dem Werke gestellt ist, kann von der Wiedergabe auf unserer Winterbühne nur mit herzlichster Freude berichtet werden. Was Herr Brunow als „König Lear“ bot, war in seiner Gesamtheit so bedeutend, daß geringe Unebenheiten oder kleine Flecken an dieser Leistung völlig verschwinden. Vielleicht betonte er gleich anfangs das Pathologische in diesem König ein wenig zu stark, vielleicht — über die Auffassung kann man miteinander rechten —, vielleichte malte er in den leidenschaftlichen Ausbrüchen der ersten beiden Akte hier und da etwas reichlich pathos. Aber den allmählichen Zusammenbruch des Herrscherwillens, das Irreflektieren des Geistes von der Grauenmacht auf Sturmgepflüger Heide an, die Gefundung an der hingebenden Kindesliebe der Cordelia und endlich den tobbringenden Schmerz über die Glimmung seines Lieblings — das alles gab er so einwandfrei, so erschütternd, psychologisch so meisterhaft herausgearbeitet wieder, daß wir mit Bewunderung seinem Spiel in jeder Phase folgten. Und in allem Glend, jeder Zoll ein König! Wahrlich, wir dürfen uns freuen, daß unsere Bühne eine Kraft wie Herrn Brunow besitzt. Nur hätten wir ihm gern ein volleres Haus gewünscht, als er am Sonnabend sah. Aber die Dauer des Beifalls, der sich namentlich am Schluß der Aufführung kundgab, sprach doch deutlich genug von der Ergriffenheit des Publikums durch diese Künstlergabe. Und lebhaft Anerkennung muß auch Herrn Brunows Leistung als Regisseur gezollt werden. Die Anstalt und Routine des erfahrenen Fachmannes trat unverkennbar hervor. Einzelne Bühnenbilder atmeten eine geradezu bezaubernde Schönheit. — So bedeutsam nun auch im Stück die größere Reihe der übrigen Rollen ist, so treten sie doch, an der Titelfigur gemessen, zu sehr zurück, als daß wir uns in der Besprechung nicht kurz fassen könnten. Eine vorzügliche Darbietung war der Part des Herrn Fuchs. Sein „schlechtes“ und doch alle Pointen so fein unterstreichendes Spiel offenbarte wieder den vornehmen Künstler. Ebenso gab Herr Polkein den Edgar ganz vorzüglich. Besonders verdienen die Szenen, wo er den Wahnsinn heuchelt, erwähnt zu werden. Die dämonischen Züge der Coneril und Regan wurden von Frl. Wetke und Frl. Bilger mit wirksamen Strichen hingeworfen, auch Herr Stahl-Nachbaur zeichnete trefflicher wie immer den Edmund. Einfach und doch in rührender Lieblichkeit und Anmut erschien die Cordelia des Frl. Walter. Und Herr Bram Meynadier als Graf von Gloster, Herr Scholz als Herzog von Albanien wie Herr Tante als Kent trugen nach Kräften zur Abrundung der Aufführung bei. Ob dem Drama, dessen Wiedergabe eine so große Summe von Fleiß und Talent birgt, eine stattliche Reihe von Wiederholungen beschieden ist?

Im.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 8. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,45 Mk., Sagen 3,30—4,50 Mk., Gnten 3,50—4,50 Mk., Säher 2,00—2,50 Mk., Küfen Stk. 1,60—2,20 Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Pf., Gänse Pfd. —,0—0,85 Mk., Fildgans 2 Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,00 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40 Mk., Eier 6 Stück 60 Pfg., Heringe 6 St. 10 Pfg., Dorsch genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. 1,—, 1,10 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schlei Pfd. 1,20—1,40 Mk., Brachsen 70,—, Hechte Pfd. 70,—, Pf., Barsche Pfd. 70—80 Pfg., Hal Pfd. 0,80—1,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüße genüg., Blumenkohl b. Kopf 0,80—0,60 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Rapsel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfund 45—65 Pf., Mand Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 8. Januar.

Weizen, 118—128 Pfd. holl. 180—208 Mk., Roggen 110—122 Pfd., neuer holl. 134—156, Gerste, nach Qualität 135—150 Mk., Hafer, nach Qualität, alter 135—160 Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternhaus-Viehmarkt vom 8. Januar.

Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission. Auftrieb 1471 Schweine. Der Markt wurde flott geräumt.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Lata: Beste schwere reine Schweine —, bis 72,— Mk., 20 Proz. Lata. Schwere Mittelware 71,00—72,00 Mk., 22 Proz. Lata. Gute leichte Mittelware 65,00—69,00 Mk., 24 Proz. Lata. Sauen nach Qualität 59,00—64,00 Mk. schw.

Spielplan der vereinigten Stadttheater vom 9. bis 16. Januar.

Neues Stadttheater. Dienstag, 11. Januar „König Lear“, Tragödie von Shakespeare. Mittwoch,

12. Januar: „Der Erbförster“, Schauspiel von Otto Ludwig. Donnerstag, 13. Januar: Galkspiel Kammerfänger Alois Pennarini, „Siegfried“, Musikdrama von R. Wagner. Freitag, 14. Januar: „Lannhäuser“, Große Oper von R. Wagner. Sonnabend, 15. Januar: „Hänsel und Gretel“, Märchenoper, hierauf: „Rosen aus dem Süden“, Ballett. Sonntag, 16. Januar: 8. Volks-Vorstellung, Jeder Platz 50 Pfg. Wallenstein (1. Teil). Die Piccolomini, Dramatisches Gedicht von Schiller. Anfang 8 Uhr. Montag, 17. Januar: Zum 1. Male! Neu! Die Liebe wacht, Lustspiel von Caillavet.

Stadthallen-Theater: Freitag, 14. Januar: Einmaliges Gastspiel des „Ibsen-Theaters“. Internationale Tournee Marie Rehoff mit eigenem Ensemble. John Gabriel Borkmann, Schauspiel von Henrik Ibsen. Sonntag, 16. Januar: „Liebeslisten“ (Vethe), Schwank von Gobbin.

Bürgertafel.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Arbeiter Adelshöfer, Straßenreiner Deese, Werkmeister Blume, Dienstmann Börth, Höfer Börth, Werkmeister Borek, Arbeiter Dahmke, Kaufmann Deggau, Arbeiter Düfer, Müllergefelle Friederich, Kontorbote Giesenberg, Hausdiener Goldschmidt, Malermeister Grabau in Trau- u. u. m. Arbeiter Grimm, Leitungsaufscher bei dem Telegraphenam Heide, Arbeiter Hillers, Straßenreiner Kleve, Arbeiter Klingbiel, Maurergefelle Klockmann in Sierksrade, Musiker Koop in Sierksrade, Klempnergefelle Kunze, Brauereibesitzer Langloh in Schlutup, Straßenreiner Lübbe, Krämer Lühr, Maurergefelle Maack, Arbeiter Martens in Sierksrade, Oberlehrer an der Baugewerkschule Münd, Arbeiter Nise, Buchhalter Peterfen, Güterbodenarbeiter

Quade, Werkmeister Küß, Feuerwehrmann Schmidt, Klempner Schulz in Sierksrade, Viertelhufner und Schmied Stech in Sierksrade, Arbeiter Steffen, Töpfergefelle Tech, Arbeiter Teckenburg, Arbeiter Westphal, Arbeiter Wiende, Schneidergefelle Witt.

Sie haben am 29. Dezbr. 1909 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Briefkasten.

W., Mülln. Von der Expedition sind die Kalender bereits vor einigen Tagen abgehandelt worden. Besten Gruß.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: E. H. Schwardt, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.
Nachruf.
Am Sonnabend, dem 8. Januar, starb unser Mitglied, der Kollege **G. Führhaak**.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 12. Januar, nachmittags 8 Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt.
Treffpunkt der Kollegen zur Teilnahme an derselben nachmittags 2 1/2 Uhr bei der Hansa-Halle.
Die Ortsverwaltung.

Eine Zweizimmerwohnung, Mitte der Stadt. Näheres bei **Ed. Schlömer Jr.**, Breitestr. 85-87.
Zum 1. April 2 abgeschlossene Zweizimmerwohnungen mit Zubehör **Kottwitzstraße 55**.

Verloren ein Stricktrumpf von Lubwigstraße bis Reiferstraße. Abzugeben Reiferstr. 40.

Tapezier-, Polster- u. Dekorationsarbeiten werden gut ausgeführt.
Kurt Pannier, Tapezier, Schildstr. 11.

Barichn, kulant, gegen Verzändg. des Hausst. Poliz., Bürgsch., Katenrüch. Geiehl. Rinsen Beckerstr. 49.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. **1.40** Mk.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeiter, Finkenstr. 13

Uhren u. Goldwaren Trauringe 333 u. 585 gefl. anerkannt billig bei **Ernst Gentzen**, Uhrm., Königstr. 62, b. d. Süßstr. Geberrote Rabattmarken

Wir empfehlen folgende Schriften:

Politischer Massenstreik 20 Pfg.
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat 10 Pfg.
Kommunale Schulpolitik 50 Pfg.
Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen 30 Pfg.
Was hat der Vater seinem 18jährigen Sohn zu sagen 20 Pfg.
Wie schütze ich mich als Soldat vor Miss-handlungen 50 Pfg.

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Deutscher Holzarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.

General-Versammlung
am Dienstag, den 11. Januar 1910
abends 8 1/2 Uhr.
im **Gewerkschaftshaus**, Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Jahresberichte und Abrechnung.
2. Renewal der Lokalverwaltung und sämtlicher Hilfsbeamten.
3. Beschließene.
Die Ortsverwaltung.

Am **Dienstag**
dem 11. Januar, beginnt unser
Inventur-Ausverkauf
zu enorm billigen Preisen.
Gebr. Barg, Kohlmarkt 5.

ff. gelbe Kartoffeln a Mt. 5.50; allerfeinste **Magnum bonum**, französische und Gesellschaftskartoffeln empfindlich billiger frei Haus. — Wiederverkäufern Ausnahmepreise.
C. Heese, S. Jacobsen Nchf., Meierstr. 26. T. 1440

Käse
kaufen Sie am besten und billigsten direkt ab Engros-läger
Untertrave 84.

EIER
9 Stück 60 Pfg.
W. KALM, Schüsselbuden 3.

Mark 100.—
Einhundert Mark Sterbefall-Unterstützung beim Ableben meines Mannes von dem Inhaber der Dampfbäckerei „Hansa“, Herrn **Johannes Junge** in Lübeck, aus Anlass ständiger Brotkundschaft erhalten zu haben, bescheinige ich hiermit.
Lübeck, den 8. Januar 1910.
Elise Führhaack, geb. Hamann.
Hundestr. 35.

Der **Neue Welt Kalender** für 1910
ist nur noch in wenigen Exemplaren vorrätig.
Preis 40 Pf.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46

Hasenfelle
Kanin, Marder, Fuchs und Stils, sowie Vierbeinere kauft zu den höchsten Preisen.
D. WAGNER, 8 Holstenstraße 8.

Vortragskurse für Arbeiter.
Dienstag, d. 11. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Dritter Rühle-Abend
im Vereinshaus.
Eintrittspreis für sämtliche Vorträge 50 Pfg., für einen Vortrag 10 Pfg.
Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein
Die Kartellkommission.
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Achtung Schneider!
Die Mitglieder-Versammlung am Dienstag, dem 11. Januar, fällt wegen des an diesem Abend stattfindenden Rühle-Vortrages aus.
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.
Täglich 8 1/4 Uhr:
Nur noch wenige Aufführungen.
Gastspiel des **Thalia-Theaters, Elberfeld**
„Das Sensations-Ereignis“
„Donnerwetter tadello“
Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Bail. v. Julius Freund. Musik von Paul Lincke.
1. Bild: Geburtstag der Venus. 2. Bild: Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin. 3. Bild: Ein Five o'clock im Kaiserhof. 4. Bild: Eine Reform-Kaserne. 5. Bild: Aus Deutschlands grossen Tagen. 6. Bild: Auf der „Ila“ in Frankfurt a. M. 7. Bild: Der Luftschiffer-Korso. 8. Bild: Grosse Pracht-Apotheose (Deutschlands Zukunft).
3 große Balletts
Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffekten.

Stadthallen-theater.
Freitag, 14. Januar. 7 1/2 Uhr.
Einmaliges Gastspiel des **Ibsen-Theaters**
Internationale Tournee **Marie Rehoff**
mit eigenem Ensemble.
John Gabriel Borkmann.
Schauspiel von Henrik Ibsen. **Direktkarten ungtlig. Gewöhnliche Preise.**
Vorverkauf stets 2 Tage vorher in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, u. Roß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Dienstag, 11. Januar. 7 1/2 Uhr.
König Lear. Von Shakespeare.
Mittwoch, 12. Januar. 7 1/2 Uhr.
Außer Abonn. Ermäßigte Preise.
Der Erbförster.
Schauspiel von Ludwig.
Donnerstag, 13. Januar. 7 Uhr.
Gastspiel des Königl. Kammerfäng. **Alois Pennarini** vom Hamburger Stadttheater.
Siegfried.
Musikdrama von R. Wagner.

Preussisches.

Am 12. Januar 1908 hieben in Berlin Polizisten auf Wahlrechtsdemonstranten mit der bloßen Waffe ein, am 21. Januar 1908 wurde in gleicher Weise ein Zug Arbeiter attackiert. Ähnliches ist seitdem noch mehrfach vorgegangen. Einmal geschah es, daß auch gegen eine Versammlung bürgerlicher Kreise die Polizeifault sich regte. In der Zeit der Ferrer-Proteste hatte ein Komitee bürgerlicher Frauen zum 19. Oktober 1909 eine Versammlung nach „Kellers Philharmonie“ (Köpenickerstraße) einberufen, in der Frau Elly Braun referierte. Nach Schluß der Versammlung kam es auf der Straße zu Menschenansammlungen, die sich nicht so leicht zerstreuen konnten, wie die Polizei es wünschte. Es gab dann die gewohnten Attacken und eine Anzahl Verhaftungen. Am 6. Januar hatte das Amtsgericht Berlin-Mitte (Abt. 141) nacheinander zwei der damals festgenommenen Personen abzurufen, denen die üblichen Strafmandate aufgegeben worden waren. Beide hatten Widerspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt, für die von dem Verteidiger Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld durch Ladung wahrhaft „klassischer“ Zeugen die rechte Grundlage geschaffen worden war. Verhandelt wurde zunächst gegen den Kaufmann Paul Bötz, der an jenem Abend gegen 10 Uhr an der Ecke der Köpenicker- und der Brückenstraße den Polizeibefehl weiter zu gehen nicht befolgt und überdies laut gescholten haben sollte. D. bestritt das.

Um festzustellen, wie an jenem Abend die Polizei „gearbeitet“ hat, hatte der Verteidiger auch einige Zeugen geladen, die den „höheren“ Gesellschaftsklassen angehören. Der Herr Graf Hoensbroch und die Frau Schulrat Cauer sollten über die Eindrücke berichten, die sie auf der Straße von dem Verhalten des Publikums und der Polizei empfangen hatten.

Graf Hoensbroch berichtete darüber folgendes: Es ist schwer, über das Verhalten der Polizei zu sprechen, ohne eine formale Befeldigung zu begehen. Nie sah ich etwas Ähnliches von Brutalisierung einer Volksmenge, die sich durchaus ruhig verhielt. Ich sagte der Polizei: „Sie züchten Sozialdemokraten!“ Vor Beginn der Versammlung standen Hunderte vor der Tür und verhielten sich tadellos ruhig. Ich habe selten eine Versammlung gesehen, die so ruhig verließ wie diese. Als wir nach Schluß der Versammlung auf die Straße hinausstritten, waren da Tausende von Menschen, die selbstverständlich nicht auf einmal verschwinden konnten. Ich wollte ruhig zur nächsten Straßenbahnhaltestelle gehen, die am Denkmal von Schulze-Deßlich ist. Ich ging auf das Denkmal zu, um dort zu warten. Ich stand vielleicht zehn Minuten, weil ich wegen der Menge nicht weiter konnte. Aber ich hörte absolut nichts von irgend welchem Tumult oder Geschrei. Ich hörte nur, daß auf die Referentin, als sie heraustrat, ein Hoch ausgedrückt wurde. Aber das geschah in gar nicht provozierender Weise. Während ich so stand und wartete, hörte ich auf einmal einen furchtbaren Spektakel, einen Ansturm von Leuten, und ich sah die Flucht einer Volksmenge. Neben mir stand ein Herr, der tat nichts und rief auch nicht. Da geht ein Polizeileutnant auf

den Mann los, packt ihn wie einen Verbrecher an der Gurgel und schmeißt ihn aufs Straßenpflaster. Ich betrachte es als ein Glück, daß er nicht mich gepackt und hingeschmissen hat; es hätte mir aber ebenso gehen können. Mit solcher Brutalität kann man eigentlich nur gegenüber einem Mörder handeln. Dann sprengte eine Kolonne berittener Schutzleute im Galopp auf uns ein und ritt auf den Bürgersteig. Ein Polizeileutnant wollte mir einreden, es sei „Schritt“ gewesen. Ich sagte ihm: „Verschonen Sie mich mit derartigen Darlegungen, ich weiß selber, was Schritt ist.“ Als die Schutzleute auf den Bürgersteig ritten, gab es einen fürchterlichen Tumult, und dann entstand ein Söhlen. Ich fürchtete für mein Leben, daher ging ich auf den Leutnant zu und nannte meinen Namen. „Ich verlange“, sagte ich, „Schutz für mein Leben vor Ihren Leuten!“ Er antwortete: „Es tut mir leid, daß Sie hineingekommen sind, wir handeln auf Befehl.“ Ich erwiderte: „Die solche Befehle erteilen, sind nicht wert, an ihren Stellen zu sitzen.“ Der Zeuge schloß seine Bekundungen: „Für nichts und wieder nichts wurden die Leute angegriffen. Ich wurde dann hinausgeleitet, ich fürchtete tatsächlich für mein Leben. Auf den Vorhalt des Verteidigers, daß der als Zeuge vernommene Schutzmann eine „Straßendemonstration“ gesehen haben wolle, erklärte Graf Hoensbroch, von einer solchen habe er nichts bemerkt.

Frau Schulrat Cauer, eine Dame von jetzt 68 Jahren, schilderte folgendermaßen die Eindrücke, die sie auf der Straße empfangen hatte: Ich war, als wir hinaus kamen, entsetzt über das Aufgebot der Schutzmanschaft, über die ungemelne Aufregung unter den Schutzleuten. Berittene sprengten hin und her, ein Schutzmann drängte uns an die Wand, sodas wir beiseite sprangen. Wir wußten gar nicht, was sich ereignet hatte. So lange ich da war, hörte ich nichts von Söhlen. Alle gingen, aber sie wurden fortwährend provoziert, indem immerzu gerufen wurde: „Machen Sie, daß Sie wegkommen!“ Bei so vielen kommt doch mal ein Gedränge vor. Wir fragten uns immer wieder, was denn geschehen sei. Und immer wieder fuhren die Schutzleute uns an: „Machen Sie, daß Sie wegkommen!“ Dabei ritten sie mit den Pferden auf das Trottoir. Es war ja doch alles ruhig, wir sind geradezu provoziert worden.

Auf eine Bemerkung des Vorsitzenden, daß aufgefordert worden sei, weiterzugehen, äußerte sich noch einmal Graf Hoensbroch: Die Aufforderung der Schutzleute bestand darin, daß man einfach geknüpelt wurde. Nicht in anständiger Weise sind die Schutzleute vorgegangen, die doch von uns bezahlt werden. Sie sind in provozierender Weise vorgegangen, daß einem das Blut in den Adern heiß wurde. Ich bin ein loyaler Staatsbürger, aber für eine solche Polizei bedanke ich mich. Der Vorsitzende wehrte ab: „Wir sitzen hier nicht zu Gericht über die Polizei.“ Auch Frau Cauer fügte dann noch hinzu: Die Aufforderung der Schutzleute war barsch. Das Publikum war außerordentlich gehorsam, aber es konnte nicht so schnell weg, weil so viele da waren. Die erneute Frage des Verteidigers, ob man, wie der Schutzmann, von einer „Straßendemonstration“ sprechen könne, wurde vom Vorsitzenden abgelehnt: „Er meint eben, daß eine Menge Menschen da waren.“ „Na, wie soll denn“, fragte der Verteidiger, „eine Versammlung sich leeren, ohne daß eine Menge Menschen rauskommen?“

Die Beweisaufnahme wandte sich dann wieder dem besonderen Fall Bötz zu. Ein Reisender Wiltenberg, der in Begleitung von D. die Versammlung besucht hatte und mit ihm an die Straßenbahnhaltestelle getreten war, sagte aus: „Wir standen zusammen, da riß mit einemmal ein Schutzmann den D. weg und führte ihn ab. Ich ging hinterher; einige Zeugen meldeten sich, ich notierte sie. D. hatte nichts getan, nicht gescholten, kein Wort gesagt. Wir hatten auch keine Aufforderung weiterzugehen gehört.“ Vorsitzender (zum Schutzmann): „Können Sie sich nicht irren?“ Schutzmann: „Nein.“ Vors.: „Na, einer von Ihnen schwört doch falsch.“ Schuzm.: „Es ist ja möglich, daß ich einen Falschen herausgegriffen habe.“ Vors.: „Ramen Sie von hinten?“ Schuzm.: „Ich weiß nicht.“ Verteidiger: „Das haben Sie ja vorher selber gesagt!“ Schuzm.: „Ich kam gerade vor.“ Vert.: „Aber doch von hinten! Wie konnten Sie denn da sehen, daß er johlte!“ Auf die erneute Frage des Vorsitzenden, ob er sich nicht geirrt habe, lenkte der Schuzmann ein: „Ja, wo der Herr so viel Zeugen hat —“

Somit fiel die Beschuldigung, gescholten zu haben. Aber D. habe mindestens die Aufforderung, weiterzugehen, nicht befolgt, meinte der Staatsanwalt. „Ich kann doch an einer Straßenbahnhaltestelle stehen“, warf der Vorsitzende ein, der offenbar in diesem Punkte noch nicht ible Erfahrungen gemacht hat. Der Schuzmann sagte einflussvoll selbst: „Die Menschenmenge war zu groß, da konnte niemand durch.“ Vernommen wurde noch ein Werkmeister Hagedorn, der gleichfalls an jener Straßenbahnhaltestelle gewartet hatte. D. habe absolut nichts gemacht. Ein Berittener habe gerufen: „Zum Donnerwetter, wenn die Leute nicht auseinandergehen, dann bringen Sie sie zur Wache!“ Vors. (zum Schuzmann): „Das haben Sie uns ja gar nicht gesagt!“ Schuzmann: „Ich habe das nicht gehört.“ Hagedorn: „Darauf stürzte sich der Schuzmann in die Menge und griff D. heraus.“ Vors.: „Warum denn den?“ Hagedorn: „Ja, ich hätte es auch sein können.“ Vors.: „Fragte er nicht, warum?“ Hagedorn: „Da gab es keine Widerrede.“

Der Staatsanwalt beantragte selber Freisprechung, weil es garnicht möglich gewesen sei, die Aufforderung zu befolgen, selbst wenn D. sie gehört haben sollte.

Das Urteil lautete, gemäß dem Antrage der Verteidigung: Freisprechung und Übernahme der notwendigen Auslagen auf die Staatskasse.

Dann wurde gegen den Geschäftsdienner Bohm verhandelt, weil er nach jener Versammlung skandalisiert habe, daß man es strafenwelt hörte. Schuzmann Hof, der ihn festgenommen hatte, sagte aus: Wir sollten die Leute, die auf dem Bürgersteig waren, weiterweisen. Hauptmann Stephan befahl: „Nehmen Sie die Leute da fest!“ Es waren zirka 20 Personen.“ Vorsitzender: „Alle, die da waren, sollten Sie festnehmen? Warum denn?“ Schuzmann: „Das weiß ich nicht.“ Vorsitzender: „Skandalisierte der Angeklagte?“ Schuzmann: „Das weiß ich nicht.“ (Nebenbei bemerkt: Dieser Hauptmann Stephan ist vermutlich derselbe Hauptmann

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern von A. Otto Walster.

140. Fortsetzung.

Im nämlichen Augenblicke erdröhnten von den Barrikaden Wehrgeschallen in die stillen Straßen, um die zur Beobachtung aufgestellten Patrouillen zu verschrecken. Als bald stürzten sich die mit Werkzeugen versehenen Arbeiter, gefolgt von den Bewaffneten, in die Häuser rechts und links. Von sämtlichen Etagen der genommenen Häuser aus wurden die Siebelwände durchgeschlagen und die darin postierten, nicht wenig überraschten Soldaten vertrieben. Mit dem Angetöse des ersten Feuers drangen die Arbeiter bis nach den Endpunkten der von ihnen in Angriff genommenen Straßen vor, wo ihnen alsbald genügende Truppen entgegengegriffen wurden, die nun sowohl den Kampf in derselben Weise aufnahmen, als auch von den benachbarten Straßen ein mörderisches Feuer gegen die Fenster der genommenen Häuser eröffneten. Wie erstaunete sie aber, als die Barrikade, welche ursprünglich an der ersten Quergasse der Straße gestanden, am Endpunkte derselben erschien und eine zweiseitige maskierte Feuerlinie zeigte.

„Bewegliche Barrikaden! verdammt, darauf waren wir nicht gefaßt“, rief ein höherer Offizier, und der Ruf verbreitete sich blitzschnell, Verwirrung, Ristend, alsbald in den Reihen der Soldaten, die außerdem alsbald von einem Hagel von Handgranaten und anderen Handgeschossen auseinandergeprengt wurden. Die erste Barrikade rückte nunmehr rechts vor, während an ihrer Stelle alsbald eine zweite erschien, welche nach links dirigiert wurde, und wieder erschien eine dritte, welche sich vor die nächste sich öffnende Straße legte.

Nachdem auf diese Weise die Einschließung der Barrikaden auf der einen Seite mit ungeahnter Schnelligkeit gebrochen war, ein weiterer Widerstand des Militärs nicht vorbereitet erschien, stürzten aus allen Häusern Arbeiter heraus, um hinter den vorwärtsdringenden, auf Käbern vorgeschobenen beweglichen Barrikaden alsbald feste Stütze anzulegen, die bald bis zur Höhe von zwei Stockwerken emporwuchsen und zu ihrer weiteren Verstärkung mit Zottoirplatten belegt wurden, hinter welche man Sand schüttete. Jene beiden ersten Kolonnen aber stürzten rechts und links vor, gefolgt von Arbeitern, welche auf Handwagen allerlei Feuerwerksgegenstände und Maschinen nachschoben und zogen. Die Kolonne, welche nach links geschwenkt, eilte durch eine Anzahl enger und trummer Gassen, bis sie

vor einem kleinen Plage ankam, in dessen Hintergrunde die Mauern, Türmen und Gebäude eines burgartigen Häuserkomplexes lagen. Es war das Zeughaus des Landes, auf welches von verschiedenen Seiten Jwan zugleich mit seiner Abteilung jetzt losstürmte. Die erste Schar, welche den kürzesten Weg zu durchziehen gehabt, sah das große Tor noch offen und stürmte auf dasselbe zu, als sie aber bis auf zwölf Schritt herangekommen, drang der Pulverdampf aus allen Schießscharten und Fenstern, und im nächsten Augenblicke lag die Hälfte der Schar verwundet und tot am Boden, während die übrigen in ungestüher Flucht den Schutz der nächsten Häuser aufsuchten. Nur einer, der augenscheinlich unverwundet geblieben, stand fest und aufrecht im Kreise seiner getroffenen Kameraden und hob einen derselben empor.

„Bist Du es, Wiehner? hat's Dich denn arg getroffen?“ fragte er, „mußt Du satein zur großen Reise oder denkst Du, daß der Pflasterkasten Dich noch zusammenleimen kann?“

„Es ist vorbei, ich brauch' nichts weiter, als höchstens einen Schluck Braunwein gegen den Durst.“

„Den sollst Du haben, Wiehner, da brauchen wir nicht in die Apotheke; aber ich habe immer gesagt, es bringt uns kein Unglück, wenn wir einmal zu einer rechtshaffenen Tat übergehen. So war's das erste Mal und so wird's fortgehen.“

„Bis wir fortgehen, Noat, und bei mir ist schon dazu geblasen. Aber, Noat, meine Tochter!“

„Greine mir nichts vor, ich werde alles besorgen. Aber hier wegtragen will ich Dich, denn hier giebt's gleich einen zweiten Tanz.“

„Daß mich liegen, laß mich liegen, Du bringst mich nicht mehr lebendig fort; nimm meine Brieftasche, Uhr und Messer, sowie den Tabaksbeutel und die Pfeife; Pfeife und Tabaksbeutel für Dich, das Messer für Dr. Lange, die Uhr für meinen Bruder und die Brieftasche für meine Tochter. So, nun gib mir noch einen Schluck, mir wird recht kalt, o! wie mir's vor der Augen flimmert. . . ha, ha, da kommt's.“

Eine zweite Salve aus dem Zeughause knatterte, und die Kugeln pfliffen dem Arbeiter um die Ohren, ohne ihn zu verletzen. Er schüttelte die Faust gegen die Burg, deren Tor inzwischen geschlossen und verrammelt worden. Dann beugte er sich wieder zu dem Kameraden nieder, der kein Lebenszeichen mehr von sich gab, legte ihm die Hand auf das Herz, das aufgehört zu schlagen, und wollte dann den letzten Willen des Gefallenen erfüllen, als es plötzlich rings um ihn zu knallen und zu prasseln begann. Brand-

rateten und Handgranaten in den offenen Vorhof des Zeughauses geworfen, brachten die Besatzung in Verwirrung, und nun rollte mit einem Male eine Maschine, von zwölf Mann geschoben, heran und sprengte mit dem ersten Stoße das Tor, daß die schweren Riegel und Querbalken barsten. Im nächsten Augenblicke pochte die Maschine mit ebenso unwiderstehlicher Gewalt an das Haupttor des Mittelgebäudes, und nun brachen unter Aufsicht Jwans die Arbeiter von allen Seiten in das Innere des Zeughauses, dessen Besatzung, wie es unter solchen Umständen zu gehen pflegt, sich nur noch schwach verteidigte und alsbald ergab. Der ganze Platz füllte sich sofort mit Arbeitern, welche alle das rote Bundeszeichen angelegt hatten, sich jetzt mit Waffen versehen oder die Geschütze herauschaffen halfen und dann, unter Leitung ihrer Führer, die nächstgelegenen Gassen durch Barrikaden absperren. Jwan aber, nachdem er Anordnung gegeben, in welcher Ordnung die Schätze des Zeughauses herauszuschaffen seien, eilte zurück, um dem Oberkommandanten von diesem ersten Siege Kunde zu bringen und sich demselben zu weiterer Verfügung zu stellen. Er fand seinen Vorgesetzten in sehr ernster Stimmung, der Sieg hatte ihm einen Bruder gekostet.

Inzwischen war Lange in ähnlicher Weise und mit gleichem Glücke bis in die Nähe des Marktes gebrungen, der zwar näher lag als das Zeughaus, aber von ihm nicht so schnell erreicht werden konnte, weil er beim Vordringen die Verbindungsstraßen zwischen sich und der vorrückenden Kolonne Jwan's zu sichern hatte, damit nicht zwischen beiden das Militär vordringen und ihnen den Rückweg abschneiden möchte. Die Vorkehrung dieser Maßregel war aber ihm zugefallen, weil die Gewinnung des Zeughauses weit wichtiger als die des Rathauses war, auf welches Lange bekanntlich zunächst sein Augenmerk gerichtet. So kam es, daß das Militär Zeit genug hatte, drei Seiten des Marktes durch Besetzung der ihn bildenden Häuser zu sichern, ingleichen hatte es durch die Marktbuden die Gassen nach dem Markte verbarricadiert, Schützen lagen hinter diesen Verschanzungen, sowie denn auch Kanonen gegen die von der vierten, offengelassenen Seite des Marktes einmündenden Straßen gerichtet waren.

Lange war nicht wenig betroffen, als er beim Einbiegen in eine dieser Straßen, von der aus er einen Blick auf den Markt gewann, die Vorkehrungen des Gegners bemerkte; er sah sich nach Deckung um und fand sie in einer Form, welche noch ehe er dieselbe aber erreichen konnte, Frächtige von der jenfeitigen Barrikade ein Kanonenschuß, die Kanontischen pfliffen heran und eine derselben streifte so nahe an seinem Auge vorbei, daß er ein Knacken der Zähne ver-

Stephan, der am 12. Januar 1908, dem Wahlrechtsfesttag, die Schlacht an der Friedrichsgracht verschuldet hat.)

Der Anwalt beantragte Freisprechung. Ihm schloß der Verteidiger sich an mit dem Ausdruck des Erhabens darüber, daß ein Polizeihauptmann einfach alle sitzen lasse, die da stehen, und das Publikum das geduldig hinnehme.

Das Urteil lautete auch in diesen Fällen: Freisprechung und Übernahme der notwendigen Auslagen auf die Staatskasse.

Den Urhebern aber wird nach wie vor kein Haar gekrümmt werden. So will es die sogenannte preussische Gerechtigkeit, die auf dem Dreiklassenwahlrecht aufgebaut ist.

Aus der Partei.

Eine obereschlesische Polizei-Blamage. Mit einem kläglichen Flakko endete eine mit großem Geschrei eingeleitete Polizeiaktion gegen den von der obereschlesischen Agitationskommission herausgegebenen polnischen obereschlesischen Volkskalender für 1910. Im November v. J. wurden in der Druckerei unseres polnischen Bruderblattes, der „Gazeta Robotnicza“ in Kattowitz, auf Veranlassung des obereschlesischen Grenzkommissars Mädlar 12.000 Kalender beschlagnahmt, weil die ins Polnische übersehten „Grundzüge und Forderungen von Kautsky und Schoenlant staatsgefährlichen Inhalts sind.“ Tatsächlich wurde auch Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß gegen den Herausgeber, Genossen Wieczkowski, erhoben. Am Mittwoch fand vor der Weutheuer Strafkammer die Verhandlung statt. Ein als Zeuge vernommener Polizist hielt den beschlagnahmten Kalender deshalb für gefährlich und aufreizend, weil die polnische Bevölkerung zu ungebildet sei, und weil sich das Polnische immer aufreizender lese als das Deutsche. Ein anderer Zeuge, ein Lehrer Böhm-Vorhager, fand den Inhalt des Kalenders so aufreizend, daß er ein Exemplar davon sofort dem Kriegervereinsvorsitzenden sandte und dann die Verwaltung des Vorhagers davon in Kenntnis setzte. Die Verwaltung wiederum forderte den um die Sicherheit des Vaterlandes besorgten Lehrer auf zur Abwehr der drohenden Gefahr — Vorträge im Kriegerverein über den staatsgefährlichen Kalender zu halten. Der Hauptmann des Kriegervereins gab Ordre, daß der vom Lehrer als staatsgefährlich bezeichnete Kalender an die Vorsitzenden der Vereine zur Information geschickt werde. Auf Befragen des Angeklagten mußte der Zeuge schließlich zugeben, daß er den beschlagnahmten Kalender garnicht einmal in der Hand gehabt hat, sondern einen anderen. Als dann ein aus dem Kalender übernommener und ins Deutsche übergesetzter Artikel zur Verlesung kam, wurde festgestellt, daß viele Sätze in der bei den Alten liegenden und zur Anklage stehenden Übersetzung fehlten. Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht. Die Drohkühe von Kautsky und Schoenlant sei zwar eine wissenschaftliche Arbeit, so führte der Anklagevertreter aus, es sei aber nicht ausgeschlossen, daß sie gegen die besitzenden Klassen wirke und zu Gewalttätigkeiten aufreize. Er beantragte 300 Mark Geldstrafe. Das Gericht konnte sich nicht davon überzeugen, daß das, was Tag für Tag in sozialdemokratischen Zeitungen zur Propaganda für den Sozialismus unbeanstandet abgedruckt wird, jetzt auf einmal in polnischer Übersetzung strafbar sein soll. Es sprach den Genossen Wieczkowski frei. — So hat die große Staatsaktion, die unter Führung des bekannten Polizeirats Mädlar gerade in der Zeit vorgenommen wurde, als die Polenhege aus Anlaß der Kattowitzer Stadtverordnetenwahlen am höchsten war, mit einer geradezu kläglichen Niederlage geendet.

Gegen den Genossen Rottebohm in Dortmund, der vor einiger Zeit wegen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet, am 19. Dezember 1909 aber wieder in Freiheit gesetzt wurde, ist nunmehr das Hauptverfahren wegen tückischer Verleumdung eröffnet worden. Es handelt sich also um eine Straftat, die nicht vom Schwurgericht, sondern von der Strafkammer zur Aburteilung gelangt. Rottebohm hat gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens Beschwerde beim Oberlandesgericht in Hamm erhoben, weil in der Voruntersuchung einige Zeugen, die er benannt hatte, nicht vernommen worden sind.

Das vorchristliche Ärgernis spielte eine Rolle in einer Anklage wegen Gotteslästerung gegen den auch in Lübeck von den Strzelewicz-Abenden bekannten Genossen

Boleslaus Strzelewicz, die am 6. Januar vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II in Berlin verhandelt wurde. In der Wohnung des Angeklagten war eines Tages ein Herr erschienen, der sich seiner Frau als Freund und Genosse des Mannes vorstellte und hat, Strzelewicz möge in einem geschlossenen Vereine von Gesinnungsgenossen einige Reden vortragen. Er hat sich ein Heft der in Betracht kommenden Texte aus und erhielt Heft 11 der von Strzelewicz herausgegebenen Sammlung von Reden, Couplets usw. Mit einem Grusse an ihren Mann verabschiedete sich der Fremde von Frau Strzelewicz, ließ aber nichts weiter von sich hören. Nach einiger Zeit erfolgte eine Anklage wegen Gotteslästerung, weil ein Polizeisekretär Ransit, in dessen Hände das Heft durch den geheimnisvollen Freund gekommen war, an drei Stellen Ärgernis genommen hatte. In der Verhandlung bestritt der Angeklagte, sich schuldig gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine führte aus, daß hier weder eine öffentliche Äußerung, noch eine Beschimpfung und Lästerung Gottes vorläge. Spott sei noch keine Lästerung, dieser Spott aber wende sich ausschließlich gegen Menschen, die den Gottesbegriff zum Deckmantel egoistischer Zwecke verwendeten, und gegen ihre niedrige Auffassung. Das Gericht wollte aber doch in zwei Gebichten eine Gotteslästerung erblicken, nahm auch die Öffentlichkeit der Handlung an und erkaunte auf zwei Monate Gefängnis.

Die deutsche Bäcker- und Konditorenbewegung.

In zwei stattlichen Bänden hat der „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Verband“ die „Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung“ herausgegeben. Das Gewerbe, besonders das der Bäcker, zählt bekanntlich zu den ältesten in der Geschichte der Menschheit. Viel früher als für die Berufe, die heutigen Tags unumgänglich für alle Bevölkerungsklassen notwendig sind, liegen Aufzeichnungen über das Bäckerhandwerk vor. Wie ja das ganze Gewerbeleben in seinen Ursprüngen als Arbeit der Familiengemeinschaften verrichtet wurde, so ist das auch hier zu verzeichnen.

Genosse Allmann, Zentralvorsitzender der Bäcker- und Konditorenorganisation, welcher mit der Herausgabe der „Geschichte“ betraut wurde, schildert an der Hand zahlreicher historischer Überlieferungen die Entstehung der Bäckerei als Gewerbe. In recht anschaulicher, leicht verständlicher Weise erfahren die Leser, daß schon vor 5700 Jahren bei den Rhönzitiern Bäckereien bestanden haben, wie überhaupt das Gewerbe in einer Reihe dem Mitteländischen Meere angrenzenden Ländern um diese Zeit schon aufgeführt wird. Die ersten Anfänge in Deutschland datieren in die Zeit Karl des Großen 788 bis 814 zurück. Hier konnte für das Gewerbe der Boden erst in der Periode der Städtegründung geschaffen werden. Und nun beginnt der Abschnitt des Wertes, der speziell von Interesse für den Konsumenten und die Berufsangehörigen ist. An der Hand zahlreicher Dokumente gibt der Verfasser einen Einblick in die damaligen Handwerksgebräuche, Marktordnungen und sonstiger behördlicher, auf das Gewerbe bezug nehmender Erlasse und Vorschriften.

Die Bäckerei war ja schon von jeher infolge der eigenartigen Manipulationen einzelner Unternehmer der wachsenden Aufsicht der Behörden unterlegen. Bereits im 14. Jahrhundert wurden Brottaxen erlassen, wobei nicht nur das Gewicht für die Ware, sondern auch der Verkaufspreis bestimmt wurden, desgleichen gehört die Brotschau zu den Einrichtungen der damaligen Zeit. Unter solchen Umständen mag es begreiflich sein, daß sich bei diesen Gewerbetreibenden schon frühzeitig der Gedanke der Organisation bemerkbar machte. Neben dem gait es auch durch den Zusammenschluß das militärische Regiment der Ratsherren zu brechen, über das Wirken der Bäckerzünfte liegen eine Anzahl Dokumente vor, nach welchen besondere Vorrechte verlangt werden, oder gegen behördliche Verfügungen Einspruch erhoben wird.

*) „Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung“, Verlag von D. Allmann, Wesenbinderhof 57, Hamburg. (Kommissionsverlag; Buchhandlung Vorwärts, Berlin.)

Lange nach der Entstehung der Zünfte wurde erst der Gedanke zur Gründung von Gesellenvereinigungen (Bruderschaften) nach. Vorher waren für sie nur Kirchen-Bruderschaften der Ort gemeinsamer Zusammenkünfte. Mit den religiösen Zeremonien zufriedengestellt, fühlten sie kein Verlangen, über wirtschaftliche Fragen nachzudenken. Durch die Macht jedoch, welche die Unternehmer in ihren Zünften vereinigten, und die in der willkürlichsten Weise auch die Gesellen zu fesseln bekamen, wurde der Boden für die Organisationen vorbereitet. In den Städten des Oberrheins und Maingaues entfalteten die Bruderschaften um das 15. und 16. Jahrhundert eine bedeutende Macht. Der Streik der Bäckerknechte in Colmar i. G., der von 1495 bis 1505, also 10 Jahre währte, und aus den Ursachen entstanden ist, daß auf Beschluß des Rates der Stadt nicht mehr sie, als die älteste Bruderschaft, am Fronleichnamstage das Allerheiligste begleiten durften, sondern an deren Stelle die „Gratücker“, „Karcher“ und die „Waber“ mit ihren kostbareren Bergen, als erstere die Stelle einnahmen, ist ein Symptom der damaligen Zeit. Die Heldentat der Münchner Bäckerknechte in der Schlacht bei Amping am 22. September 1322, wobei durch ihr tapferes Mitwirken das Leben Ludwig des Bayern gerettet, dafür als Belohnung ein Bruderschaftshaus an der Hofbrücke in München erhielten, wird in einem besonderen Kapitel behandelt. Den Wiener Bäckern wurden im Jahre 1683 bei der Belagerung Wiens durch die Türken ebenfalls durch den Kaiser besondere Vorrechte eingeräumt. Bei dem nächtlichen Minengraben des Feindes wurden Bäckerknechte auf das unterirdische Getöse aufmerksam und erstatteten Meldung. Wie sich bei der Untersuchung herausstellte, waren die Mineurens bis mitten in die Stadt gedrungen. Durch die getroffenen Gegenmaßnahmen wurde Wien gerettet. So bricht die Chronik, und nach dieser sollen die Bäcker als Belohnung die Genehmigung zur Führung des kaiserlichen Doppeladlers in ihrer Fahne erhalten haben. Auch stammt zweifellos die alte, mit Gold und Silber so reich gestickte Fahne, die 38.000 Gulden gekostet haben sollte und im Besitze der Bruderschaft war, aus diesem Vorgang.

Mehrere alte Zunftgesetze und Bäckerordnungen beschließen diesen so außerordentlich interessanten Teil im ersten Bande. Im zweiten Band wird mit Beglückung auf die allgemeine Arbeiterbewegung in der vor-märzlichen Zeit das Entstehen einzelner Lokalorganisationen geschildert und durch Dokumente belegt. Von dem Verfall der Zünfte und Bruderschaften bis zu dem Revolutionsjahr 1848 war unter den Gesellen nirgends eine Spur einer Organisation zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu finden. Die erkämpften Vorrechte in den Bruderschaften sind fast überall wieder verloren gegangen, ja aus manchen Städten liegen Aufzeichnungen vor, daß gegen das Mittelalter bedeutende Verschlechterungen Platz gegriffen haben. In Frankfurt a. M. traten die Gesellen im Mai 1848 in den Streik, weil ihre Forderungen, daß sie in Betten schlafen können, statt wie bisher auf der Werkbank, auf einem Kleinfuß, sowie alle 14 Tage eine Feiernacht erhalten, wie dies früher war, aber seit 1835 von den Meistern beseitigt, nicht bemilligt wurden. 1868 verletzten die Berliner Gesellen in eine Lohnbewegung einzutreten. Zu einem Streik kam es jedoch nicht, weil durch die Erklärung des überwachen Beamten, daß er das Bureau, sowie den Antragsteller verhaften werde, wenn über den Antrag, ob in den Streik eingetreten wird, die Abstimmung erfolge, die Führer so eingeschüchtert waren, daß sie den Antrag zurückzogen.

Die ersten Anfänge von Organisationen, soweit die Gründung der Vorläufer des Zentralverbandes, datieren in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Als Lokalorganisationen konnten sie sich nicht so entwickeln, um einen machtvollen Faktor gegenüber den Unternehmervereinigungen zu bilden. Größtenteils bestanden sie nur kurze Zeit, um bald der Vergessenheit anheimzufallen. Die Lohnbewegungen und Streiks endeten meistenteils ohne dauernden Erfolg, weil sie überall nur aus der spontanen Empörung über die rigoreuse Ausbeutung der Unternehmer und ohne jede Vorbereitung zustande kamen.

Jahrzehntlang bestand nun wieder eine organisationslose Zeit, in welcher die Arbeitgeber in der brutalsten Weise der Ausbeutungswut die Zügel schießen lassen konnten. 1885 erfolgte in Berlin am 5. und 6. Juni anläßlich eines Kongresses die Gründung des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands. Für das Proletariat im Bäckergewerbe war nun eine Organisation auf moderner Grundlage geschaffen. Der Verfasser bespricht nun alle wichtigen Vor-

nahm und das Fleisch vom Backenknochen gestreift wurde. Dieser Schmerz war so heftig im ersten Augenblicke, daß er nur nach und nach merkte, wie ihn der Kartätschenhagel auch an der Schulter und am Schenkel verwundet hatte.

„Donnerwetter“, rief er, „das war gut gemeint, da heißt's Kopf weg und Leib, wenn man nicht durchlöchert sein will wie ein Sieb. Nun, Leute, rechts und links in die Häuser bis vor an die Gasse, dort die Möbel zum Fenster hinaus und eine Barrikade zusammengejorren. Wir müssen wenigstens antworten, sonst lachen uns die Soldaten aus.“

„Das Rathaus wird ein saures Süß Arbeit werden“, meinte Heintz, c. er seinerseits neben Lange in eines der Häuser trat.

„Es wird nicht so schlimm sein, die Leute werden schon Platz machen, wenn wir ihnen die Schlingen, und was darüber liegt, um die Ohren knallen lassen. Aber, Herr Findeisen, sind unsere Spritzen zur Stelle?“

„Alles in bester Ordnung, es sieht alles fertig und bereit, wenn wir nur erst vor sind.“

„Dann gehen Sie aber wieder in die Fabrik zurück, ohne besondere Aufforderung, nicht wahr, Herr Findeisen?“

„Sobald das Rathaus genommen ist; ich habe Zeit bis der Durchbruch nach Süden vollendet und die Hauptarmee einmarschiert.“

„Was der Herr General wohl zu unseren beweglichen Barrikaden gesagt haben mag?“ meinte Franz.

„Es wird ihm eine kleine Überraschung gemessen sein. Er glaubte uns da recht wie die Maus in der Falle zu halten und dachte nicht, daß wir solche Zünfte haben würden, um die Däule zu zerbrechen. Na, da kommen schon die Toten und Schräcke herunter; unser Freund Kolb hat sich freuen, wenn er das sähe. Neues Geschick, würde er denken, und wenn der ganze Staat zugrunde geht. Aber nun sitzen Sie, wir müssen den Markt von vorn leben.“

Damit eilte Lange, gefolgt von seinen Begleitern, die Treppe hinauf und durch die Mauerdurchschläge, welche seine Leute gemacht, bis vor nach der Front des vordersten Hauses, auf dessen Balkon er heraussah. Die ganze Stellung des Feindes wurde jetzt mit überraschendem Eindring auf seine Seele, und er konnte sich sobald von dem Anblick nicht trennen, obwohl von drei Seiten des Marktes zugleich auf ihn und seine Begleiter geschossen wurde, namentlich vom Rathaus, welches zu seiner Rechten lag. Findeisen aber

eilte bis in die Dachtagen hinauf, in welchen seine Leute mit Zurüstungen beschäftigt waren.

Das Militär eröffnete jetzt ein ungemein lebhaftes Geschütz- und Kartätschenfeuer auf die gegenüberliegende Häuserfront und die sie verbindenden Barrikaden, ein Feuer, welches mehr Lärmen als Schaden verursachte, da die meisten Kugeln in die Mauern einschlugen und sie in einer wunderlichen Weise spickten. „Kommen in den Küchen“, meinte Franz. Auch Vollkugeln wurden gegen die Barrikaden geschleudert, welche hier und da von ihnen teilweise niedergeworfen wurden, sich aber alsbald wieder erhoben und dabei immer fester wurden.

Endlich, mitten im besten Feuern, erklang auf einmal ein Zischen ganz eigentümlicher Art, und die drei feindlichen Fronten des Marktes umzogen sich mit Dampfswolken ganz anderer Art als die waren, welche durch Abfeuern der Gewehre hervorgerufen wurden. Das die Besatzung bildende Militär aber fühlte auf einmal auf den Händen, im Gesicht und in den Augen ein Brennen und Raffen, welches viele veranlaßte, das Gewehr fallen zu lassen, und alle in die Tiefe des Zimmers zurücktrieb. Auch die Truppen der gegenüberliegenden Barrikaden wurden von ganzen Strahlen einer heißen Lauge meggetrieben, und nun öffneten sich alle Haustüren und Barrikaden der vierten Seite und unter lautem Hurra führten die Arbeiter nach den feindlichen Posten. Zwar suchten bei diesem Kampfsignal die Truppen ihre Posten zu behaupten oder wieder einzunehmen, aber die brennende Lauge machte es ihnen unmöglich; keine Munte, keine Kanone ward abgefeuert, und als die Arbeiter an den Barrikaden angelangt waren und dieselben ihrerseits als Deckungsmittel gebrauchten, da blieb den Soldaten nichts weiter übrig, als auch die Straßen zu räumen und ihre Besatzung aus den Häusern zurückzuziehen.

Mit einer Widermaschine führten indessen die Arbeiter gegen das Tor des Rathauses, welches augenblicklich barst; die Besatzung desselben zog sich in die Nachbarghäuser und nach den Barrikaden zurück, bis sie auch von hier dem allgemeinen Rückzuge folgen mußten.

Hier im allehervordringenden Rathaus hatten Lange, Barth und Streit ihre Waffen niedergelegt und zur Feder gegriffen: Streiter erließ, nachdem seine Verwundungen nichtbündig verbunden, den ersten offiziellen Verkündiger der revolutionären Regierung und bezeichnete das „Vollblatt“, dessen Erscheinen bis auf weiteres dreimal des Tages stattfinden würde, als das Amtsblatt derselben.

„Jetzt“, rief Franz im Auftrage des revolutionären Oberkommandanten, meldend, daß

der südliche Teil der Stadt von Gruppen befreit und bereits von den in Massen eintreffenden Arbeitern und Landknechten erfüllt sei, sodann aber, daß am Postplatz Herr Mensch durch überlegene Truppenmassen umringt und abgeblockt sei, daß man ihm nur von seiten des Marktes in der hier erwünschten schnellen Weise zu Hilfe kommen könne, weshalb er um alle entbehrlichen Leute bat.

Franz, Streit und Barth meldeten sich sogleich als Freiwillige, und nur ein ernstes Weigern der Erlaubnis von seiten des neuen Regierungspräsidenten hielt den letzteren in der Kanzei zurück.

„Nun, so kommen Sie, meine Herren“, rief Franz, „Freund Findeisen ist mit einigen Gerätschaften und Maschinen voraus.“

Eine Anzahl Mauerer waren bereits mit dem Durchschlagen der Mauern vorgegangen, während Findeisen seinen Weg zum Teil über die Dächer nahm, wo sich die Leute durch Stricke, an denen alle anfaßten, vor dem Fallen schützten.

Um den Entzug der sicheren Beute zu verhüten, war von den Truppen um die eingeschlossenen ein doppelter Barrikadengürtel gezogen worden, da ein Eindringen in die Häuser wegen der isolierten Lage des von den Insurgenten besetzten Häuserkomplexes nicht möglich, für Ausführung und Anwendung des Geschützes kein Raum vorhanden war. Dagegen knatterte das Geschützfeuer unaufhörlich, welches freilich beiden Seiten wenig Schaden zufügte, da die Arbeiter zu leicht schossen selbst aber zu gut gedeckt waren, um viele Verwundete zu bekommen. Herr Mensch war außer sich, daß er sich in dieser Weise hat fangen lassen, er lief von einer Barrikade zur andern und versprach den Leuten ein fürkliches Mahl, wenn sie aushielten, bis der Entzug gekommen sei. Und die vom vielen Laufen, Arbeiten, Feuern und Platzwechseln, sowie vom Durst geplagten Arbeiter erhoben sich immer wieder mit neuer Energie. Endlich entdeckte ihn Findeisen vom Dache eines hohen Hauses und rief ihm mit dem Sprachrohr zu:

„Wie geht's, Herr Mensch, noch immer frischen Mut?“

„Biel Durst“, rief der Philosoph zurück, indem er in Ermangelung eines anderen Instrumentes die Hand an den Mund brachte.

„Nur noch 5 Minuten, dann laß ich spritzen und sprengen“, tröstete Findeisen und ging zurück, um sich nach seinen Feuerwehrmännern umzusehen.

(Fortsetzung folgt.)

Kommission im Verbands und weist in Tabellen den vollen Entwicklungsgang nach. Wie ja infolge der sozialen Rückständigkeit der Unternehmer es leicht erklärlich ist, daß sie kein Mittel untersucht ließen, um die Bewegung im Keime zu ersticken, so ist es verständlich, daß der Verband einer tatkräftigen Leitung bedurfte, um über alle Hindernisse hinwegzukommen. Bis zum Jahre 1905 war der Sitz des Verbandes in Berlin, auf der Generalversammlung wurde der Sitz nach Hamburg verlegt und Genosse D. Ullmann als Zentralvorsitzender gewählt.

In diesem Jahre feiert die Organisation das 25-jährige Bestehen und findet die Generalversammlung am Gründungsort in Berlin statt. Die Väter und Kontinuitäten können mit Stolz zurückblicken auf den Weg, den sie in der Organisation zurückgelegt haben. Ehemals wurde mit einem Lächeln von dem satten Unternehmertum auf ihre Backstufenklaven herniedergeleitet und nach Probenmanier der „Derr im Hause“ zur Geltung gebracht. Wie ganz anders ist es heute. Der Verband hat für Tausende Tarifverträge abgeschlossen, den Kost- und Logiszwang beseitigt, auskömmliche Löhne erkämpft, die Arbeitszeit verkürzt, die sechsstägige Arbeitswoche zum Teil durchgeführt und überhaupt die Berufscollegen aus dem Sumpf unerhörter Ausbeutung empor zu Menschen erhoben.

Es ist unmöglich, auf alles einzugehen; das Werk muß man selbst lesen, um die tüchtige Arbeit des Verfassers würdigen zu können. Nicht nur für die Berufsangehörigen bleibt die „Geschichte“ von dauerndem Wert, auch für alle in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen ist eine Fülle Stoff zur Bereicherung ihres Wissens enthalten. Deshalb wird das Werk den Genossen zur Anschaffung empfohlen. Die beiden Bände sind für den Preis von 6 Mark durch jede Parteibuchhandlung zu beziehen.

V. Lankeš.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Buchbinder! In der Großbuchbinderei von Georg Schäfer in Magdeburg haben die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng ferngehalten!

Lohnbewegung der Böttcher. Die Verhandlungen der Böttcher in Bromberg haben sich zerschlagen. Sonnabend reichten die Gesellen ihre Kündigung ein. Die Meister schätzen die Uneinigkeit im eigenen Lager vor, da von auswärtig billige Fässer geliefert werden. Die Abnehmer der Fässer am Orte wollen den Preis für den Aufschlag nicht zahlen. Deshalb mutet man den Böttchern zu, weiter zu darben. Wenn Zugang ferngehalten wird, ist der Sieg gewiß.

Die Tarifbewegung der Maler. Am Sonnabend abend verkündeten die Unparteiischen ihren Schiedsspruch. Derselbe setzt folgende Bedingungen fest: „In allen Lohngebieten, wo seit dem 31. Dezember 1906 keine Lohnaufbesserung durchgeführt worden ist, tritt mit Beginn des neuen Vertrages eine Lohnhöhung von 3 Pfg. per Stunde ein. In allen anderen Lohngebieten wird der Stundenlohn mit Beginn des Vertrages um 2 Pfg. und vom 1. Januar 1911 ab wieder um 1 Pfg. erhöht. Die Erhöhungen erstrecken sich auf alle bisher gezahlten Löhne einschließlich der Grundlöhne. In den Lohngebieten, wo die Arbeitszeit mehr als 10 Stunden beträgt, wird sie mit Beginn des Vertrages auf 10 Stunden herabgesetzt. Weitere Verkürzungen der Arbeitszeit treten während der Vertragsdauer nicht ein. In den Lohngebieten, wo infolge der Bestimmungen des Reichstaxtarifs über Fahrgehalt und andere Zuschläge ein Ausfall für die Arbeiter eintritt, hat ein entsprechender Ausgleich durch Lohnaufbesserung stattzufinden. Für welche Orte dies zutrifft, haben die örtlichen Tarifämter zu bestimmen. Für Berlin ist der als Ausgleich zu gewährende Lohnzuschlag auf 2 Pfg. pro Stunde bemessen, für alle anderen Lohngebiete auf 1 Pfg.“ Dies der materielle Inhalt des Schiedsspruches. — Der sehr eingehenden Begründung, welche die Unparteiischen ihrem Spruch gaben, entnehmen wir die nachstehenden wesentlichsten Gesichtspunkte: Die Unparteiischen teilen die Ansicht der Arbeitnehmer, daß eine zentrale Festsetzung der Löhne für das ganze Reich schwierig und bedenklich ist und daß sie Härten und Unbilligkeiten mit sich bringen muß. Da aber die Arbeitgeber von dem Verlangen einer zentralen Regelung nicht abgehen wollten und die Arbeitnehmer in dieser Hinsicht nicht nachgaben, so wurden die Unparteiischen vor die Lösung einer schwierigen Frage gestellt. Es war undurchführbar, Lohnsätze für alle einzelnen Bezirke festzusetzen. Die Arbeitnehmer machten Vorschläge, die Arbeitgeber lehnten aber alle Vorschläge auf Lohnhöhung ab. Bei dieser Sachlage mußten die Unparteiischen von einer individuellen Regelung der Lohnfrage absehen und die Frage von allgemeiner Gesichtspunkten lösen. Es kann nicht unbedingt gesagt werden, daß die wirtschaftliche Lage des Malergewerbes eine Lohnaufbesserung gebietet oder zuläßt. Auf Grund des ihnen vorliegenden Materials sind die Unparteiischen der Ansicht, daß gegen das Vorjahr keine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Malergewerbes eingetreten ist, daß sich aber im Anschluß an die Debung der Lage im Baugewerbe auch eine Besserung der Lage im Malergewerbe vorbereitet. Die Lage des Arbeitsmarktes schließt eine Aufbesserung der Löhne nicht aus, kann aber eine wesentliche Lohnhöhung nicht begründen. Zwar steht das Einkommen der Malergehilfen hinter dem Einkommen anderer Arbeiter des Baugewerbes nicht wesentlich zurück, aber ihre Ausgaben sind erhöht durch die Verteuerung der Lebensmittel und Wohnungsmieten, die sie nicht, wie die Arbeitgeber, nach unten abwälzen können. Die Bedürftigkeit der Malergehilfen nach einer Lohnhöhung dürfte demnach gegeben sein. Eine solche ist ihnen im Jahre 1908 von den Arbeitgebern auch mit ziemlicher Bestimmtheit in Aussicht gestellt worden. Aber es muß auch der Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber Rechnung getragen werden. Deshalb erscheint die Forderung der Arbeitnehmer, den Stundenlohn um 5 bis 10 Pfg. zu erhöhen, nicht durchführbar. Eine Lohnhöhung von 3 Pfg. pro Stunde für die Vertragsdauer erscheint angemessen. — Einheitslöhne für alle Gehilfen ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit ihrer Leistungen sind kein ganz gerechtes Lohnsystem. Deshalb legen die Unparteiischen den Parteien nahe, in den Orten, wo Einheitslöhne bestehen, einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Für die Verkürzung der Arbeitszeit sprechen eine Reihe von Gründen. Maßgebend für die Unparteiischen waren technische Gründe, besonders aber die finanzielle Frage. Da die Verkürzung der Arbeitszeit durch Lohnhöhung ausgeglichen werden müßte, so konnten die Unparteiischen den Vorschlägen der Arbeitnehmer nicht Rechnung tragen. — Die Parteien müssen, den getroffenen Abmachungen zufolge, in den nächsten Tagen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen und sich bis zum 15. d. M. erklären, ob sie ihn annehmen oder ablehnen.

Lohnhöhen in der Schuhindustrie in Bayern. Sämtliche Mitglieder des Kluges der Schuhfabrikanten in München haben Freitag ihren Arbeitern gekündigt. Wenn es nicht zu einer Verständigung kommt, werden nächsten

Freitag 3-400 Schuhmacher ausgesperrt. Die Fabrikanten wollten durch einen Anhang an die Arbeitsordnung eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einführen. — In der Schuhfabrik von Wilhelm Kock in Birmasens sind Lohnhöhen ausgeschrieben. Die Firma hat Unterhandlungen mit den Arbeitern abgelehnt und auch die Annahme eines Schriftstückes verweigert, das die Lohnkommission der Firma eigenhändig überreichen wollte. Da die Firma auswärts Arbeiter suchen wird, ist Zugang von Hand- sowie Maschinenwicklern nach Birmasens zu vermeiden.

Eine sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird, nachdem die Vorarbeiten dazu beendet sind, spätestens am 1. April 1910 in Tätigkeit treten. Als Leiter der sozialpolitischen Abteilung ist Genosse Robert Schmidt, seither Zentralarbeitssekretär, bestimmt. Eine zweite Kraft für die sozialpolitische Leitung ist in Aussicht genommen. Weiterhin wird durch Übernahme der Zentralkommission für Bauarbeiter durch Genosse Peinke-Hamburg in das Bureau eintreten. Dazu soll eine weibliche Bureauhilfskraft angestellt werden. Aufgabe der sozialpolitischen Abteilung soll sein, aus Gewerkschaftskreisen die notwendigen Materialien für die sozialpolitische Gesehung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen.

Mitgliederzahlen der Gewerkschaften vom Jahre 1909. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ kann in seiner neuesten Nummer einen Überblick über die zu erwartenden Mitgliederzahlen der freien Verbände für das Jahr 1909 geben. Wir lesen daselbst: „Nach den vergleichenden Ziffern von 98 Gewerkschaften vom Schlusse des 3. Quartals 1909, die insgesamt 1418 233 Mitglieder zählen, ist der Rückgang auf gewerkschaftlichem Gebiete im wesentlichen als überwunden zu betrachten. Diese Gewerkschaften zählten Ende September 1908 1409 051 Mitglieder. Der Vergleich dieser Zahlen ergibt eine Zunahme von 9092. Von 3 weiteren Verbänden liegen noch vergleichbare Ziffern vom Ende des 2. Quartals vor; hier wurden Ende Juni 1908 65 493, dagegen Ende Juni 1909 67 151 Mitglieder gezählt, was einer Zunahme von 1658 entspricht. Insgesamt 41 Verbände haben danach binnen Jahresfrist um 10890 Mitglieder zugenommen. Da diese Verbände 1908 (3. Quartal) 80,6 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder repräsentieren, so können wir für die gesamten Gewerkschaften für das Jahr 1909 mit einem Zuwachs von etwa 13 500 Mitgliedern rechnen. Es ist indes zu hoffen, daß die Gewerkschaften, deren Abrechnungen ausstehen, günstigere Ergebnisse mitteilen können, sowie ferner, daß die Zunahme vom Jahreschluss 1908 bis zum Jahreschluss 1909 die aufsteigende Entwicklung noch schärfer hervortreten lassen wird. Ist dieser Zuwachs vorerst auch noch gering, so bildet er doch ein untrügliches Zeichen dafür, daß es wieder vorwärts geht. Dies geht auch aus der Tatsache hervor, daß es nicht bloß einzelne Gewerkschaften sind, die an dem Aufschwunge teilnehmen, sondern die Mehrzahl; von den 41 Verbänden, deren Angaben wir verwerten konnten, weisen 25 eine Zunahme und nur 16 eine Abnahme an Mitgliedern auf. Wir sind also über den toten Punkt hinweggelangt und nun werden sich mit dem neuen Regen aller Kräfte auch unsere Reihen wie früher füllen und eine neue Periode gewerkschaftlicher Erfolge ihren Einzug halten.“

Eine Konferenz der schwedischen Regierung mit den Gewerkschaften. Die schwedische Regierung hat durch den Chef des Staatsbureaus für Statistik die Hauptvorstände sämtlicher Gewerkschaftsverbände zu einer Konferenz eingeladen, um gemeinsam mit ihnen eine allgemeine Arbeitslosenrechnung vorzubereiten, die am 31. Januar im ganzen Lande stattfinden soll. Weiter handelt es sich bei der Konferenz darum, regelmäßig Monatsberichte über den jeweiligen Stand der Arbeitslosigkeit zu erhalten. Die Regierung hat gleichzeitig durch Rundschreiben die Landeshauptmänner im ganzen Lande aufgefordert, dafür zu sorgen, daß öffentliche Arbeiten in so großem Umfang wie nur möglich in Angriff genommen werden, um nach besten Kräften der großen Arbeitslosigkeit, die sich jetzt in ganz Schweden bemerkbar macht, entgegenzuwirken.

Der Streik der Blumenarbeiterinnen in Newyork, über den berichtet wurde, hat zu einer großen Menge von Verhaftungen streikender Mädchen geführt. In den ersten fünf Wochen des Streiks wurden 2500 Mädchen verhaftet und es galt als eine Ausnahme, wenn ein Mädchen vom Polizeirichter freigesprochen wurde, wenn die Anklage auch noch so haltlos war. 2000 Sündenrinnen wurden verurteilt. Entweder schickte der Richter die Mädchen ins Arbeitshaus oder sie mußten Geldstrafen von 2 bis 20 Dollar bezahlen. Unsere Genossinnen befehlen die Streikenden, daß das Klasseninteresse und als Ausfluß dessen die politische Rechtlosigkeit der Frau die Richter so rücksichtslos macht und die Streikenden so hilflos. Die Richter werden vom Volke gewährt, das heißt, vom männlichen Teile des Volkes. Männern gegenüber halten sie noch darauf, den Schein des Rechts zu wahren, aber rücksichtslos wahren sie das Klasseninteresse der Herrschenden, wenn es sich „nur“ um Frauen handelt, um Arbeiterinnen. Die Arbeiterin schätzt der Politiker immer noch etwas höher ein als Arbeiterinnen, weil die ersteren das Stimmrecht haben und gegen ihn zur Anwendung bringen können. Ein Komitee von Frauen hat sich in Newyork gebildet, um Gelder zur Unterstützung der von der Polizei so arg bedrängten Mädchen zu sammeln.

Die argentinischen Gewerkschaften, die infolge des kürzlich mit gutem Erfolge abgehaltenen Einigungstongresses ein starkes Anschwellen und Erstarken der Bewegung erwarteten, hatten nicht mit der Brutalität der Regierung gerechnet, die soeben einen 60tägigen Belagerungszustand verhängte, unter nichtigen Vorwänden alle anarchischen, sozialistischen und gewerkschaftlichen unterdrückte, die Bureau schloß und alle bekannten Führer verhaftete. Innerhalb weniger Tage nach dem Attentat auf den Polizeipräsidenten in Buenos Aires waren schon über 4000 Personen unter dem Verdachte, Anarchisten zu sein, ausgewiesen. — Doch werden im Bürgertum jetzt schon einzelne Stimmen laut, die von den Maßnahmen der Regierung das Gegenteil des Gewünschten befürchten, und zwar eine um so größere Erbitterung und einen stärkeren Widerstand der Arbeiterschaft.

Soziales.

Vom Schicksal der Arbeit in Japan. Der amerikanischen Presse entnehmen wir eine Nachricht, die durch einen Dampfer vom Lande der aufgehenden Sonne überbracht wurde und die ein großes Schlaglicht auf die kapitalistische Entwicklung Japans wirft. Bei einem entsetzlichen Erdbeben in Onoura, in der Futaba, einem der größten Kohlenbergwerke des südlichen Japans verloren 762 M. a. n. ihr Leben. Nur 43 entgingen diesem Schicksal. Insgesamt befristet die betreffende Grube 4755 Arbeiter.

Ein Welt-Trust. Vor kurzem wurde gemeldet, daß die Gründung eines Salpeter-Welttrustes bevorstehe. Die Nachricht wurde alsbald demontiert. Jetzt aber wird der „Berliner Morgenpost“ vom 7. Januar von „gut unterrichteter norwegischer Seite“ gemeldet: „Der amerikanische Industrie-

magnat und Milliardär John Bierpont Morgan steht seit längerer Zeit mit der Deutschen Bank wegen Begründung des Salpetertrusts in Verhandlungen, und diese Verhandlungen sind bereits so weit gediehen, daß Morgan und die Deutsche Bank der chilenischen Regierung ein bestimmtes Angebot wegen Ausbeutung der chilenischen Salpeterlager machen konnten. Wie es scheint, ist die chilenische Regierung nicht abgeneigt, diesem Angebot näher zu treten. Der Trust soll mit einer Milliarde Mark finanziert werden, doch ist dabei die Vorbedingung, daß auch die künstliche Stickstoffindustrie, die vornehmlich in Norwegen immer mehr an Ausdehnung gewinnt, in den Trust einbezogen wird. Behufs Verhandlungen mit der Deutschen Bank sind in Berlin die hervorragendsten Vertreter der künstlichen Stickstoffindustrie enttroffen, nämlich aus Norwegen Direktor Wallenberg und Ingenieur Gjed, einer der erfolgreichsten Erfinder eines Verfahrens zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft, aus Schweden Rechtsanwalt Gilsberg, weiter vier norwegische und fünf französische und belgische Finanzleute. Die Verhandlungen mit der Deutschen Bank sollen heute (7. Januar) beginnen. — Wenn sich die Nachricht bestätigt, dann würde durch den Trust zum ersten Male versucht, auf einem bestimmten Gebiete die ganze Weltproduktion zu regeln und die preisbestimmenden wirtschaftlichen Geleze aufzuheben. Die Landwirtschaft wird übrigens bald mobil machen, denn der Salpeter ist ein fast unentbehrliches, wichtiges Düngemittel.

Aus dem Gerichtssaal.

Der schlesische Oberamtmann und die Heiligkeit der Ehe. Der Oberamtmann und Rittergutsbesitzer August Brauner in Bogenau bei Breslau, der vor einigen Wochen vom Schöffengericht wegen Ehebruchs zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt wurde, hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Die Breslauer Strafkammer hat jedoch dieses Urteil bestätigt. Der Oberamtmann hatte mit einer verheirateten Frau im verbotenen Felde geschlechtlichen Verkehr gehabt, der nicht ohne Folgen blieb. Durch diesen Ehebruch ist das Familienleben einer bisher glücklichen Arbeiterfamilie völlig gestört, die Ehe geschieden worden.

Ein Prozeß gegen einen Reichstagsabgeordneten verhängt. Innerhalb kurzer Zeit stellte das Amtsgericht zu Offenburg (Baden) jetzt zweimal in Prechbeleidigungsklagen das Verfahren wegen Verjährung ein. Zuletzt am 29. Dezember 1909 in dem Prozeß des Buchdruckerbesizers Zuchneid und seines Redakteurs Breuß in Offenburg, (Zentrumsblatt „Offenburger Zeitung“), ebenfalls gegen den Abgeordneten Ged als Beklagten (Wochenschrift „Druck Offener“). Die Anklage ist im Mai 1906 eingereicht, der Eröffnungsbeschluss des Amtsgerichts datiert vom 1. September 1906. Es wurden wiederholt Termine zur Hauptverhandlung anberaumt, die aber immer wieder abgesetzt werden mußten; schließlich deshalb, weil eine Verjährung geltend gemacht wurde. Die Feststellungen, welche der zuletzt amtierende Richter vorgenommen hat, führten zur Erkenntnis, daß im Zusammenhang mit dem Artikel 31 der Reichsverfassung eine Verjährung eingetreten und daß insbesondere der Eröffnungsbeschluss eine unzulässige richterliche Handlung war. Die Einstellung des Verfahrens erfolgte durch Beschluss, nicht durch ein Urteil. In der Begründung des amtsgerichtlichen Beschlusses hat der Groß. Richter Haub die Frage der Verjährung der Strafverfolgung der Reichstagsabgeordneten ein auf umfassendes Studium basiertes Exposé beigelegt, das ein weitgehendes Interesse beanspruchen darf.

Aus Nah und Fern.

Im Wahn. Wie aus Berlin berichtet wird, versuchte am Freitag in der Mittenwalderstraße ein an Verfolgungswahn leidender Lokomotivführer seine Frau zu erschlagen. Als der Schuß das Ziel verfehlte, richtete der Attentäter die Waffe gegen seine eigene Schläfe und erschoss sich selbst.

Falsche Erziehung. In der Nähe der Station Braichen (Kreis Braunschweig) warf sich am Donnerstag früh ein 13-jähriger Knabe in selbstmörderischer Absicht vor einen Güterzug; er wurde überfahren und getötet. Nach einem bei ihm vorgefundenen Zettel hat er die Tat aus Furcht vor seinem Vater verübt.

Kampf mit einem Einbrecher. Aus Stargard i. P. wird berichtet: In der Nacht zum Freitag gegen 1/3 Uhr wurde in Döllitz der beim dortigen Remontedepot tätige königliche Amtsrat Klein von einem Einbrecher lebensgefährlich verletzt. Der Einbrecher hatte sich wahrscheinlich in das Schlafzimmer eingeschlichen und hat den Amtsrat im Schlaf überfallen. Zwischen dem überfallenen und dem Verbrecher hat ein harter Kampf stattgefunden, in dessen Verlauf Amtsrat Klein zwanzig Messerstiche in Brust und Unterleib sowie einen Revolverschuß in die Stirn erhielt. Von dem entstandenen Geräusch erwachten die im zweiten Stockwerk schlafenden Damen des Oberinspektors Klemm, die diesen von ihrer Wahrnehmung in Kenntnis setzten. Klemm eilte mit einem Hirschfänger bewaffnet, in das untere Stockwerk, fand die Tür aber verschlossen. Inzwischen hörte er Schüsse fallen und vernahm Hilferufe. Während Klemm sich den Schlüssel verschaffte, entkam der Verbrecher durch das Fenster eines Nebenzimmers, Hut und Revolver zurücklassend. Zwei sofort herbeigeholte Ärzte führten den schwerverletzten, 60 Jahre alten Amtsrat dem Stargarder Krankenhaus zu. Es gelang, den Einbrecher auf dem Bahnhof Köllin zu verhaften. Es ist ein Barbiergehilfe namens Haack, der im vergangenen Jahre in Döllitz in Stellung war und bei der Ausübung seines Berufes die Räumlichkeiten des Gutshauses kennen lernte. Der Verbrecher ist ein alter Zuchthäuser. Das Befinden des Amtsrats ist sehr ernst.

Nieseprämien für Wohlverhalten. In der heftigen zweiten Kammer gab es am 7. v. M. eine Debatte über Prämien an Arbeiter in Staatsbetrieben. Die Sozialdemokraten forderten, es solle eine feste Lohnstaffelung geschaffen werden mit steigenden Löhnen. Davon wollte aber die Regierung nichts wissen und die bürgerlichen Redner stimmten ihr bei. Gegenüber der Kritik der Sozialdemokraten bemerkte Minister Knauth, die Regierung werde sich die Freude an den Prämien nicht verderben lassen. Wie sind nun die vielgerühmten Prämien ausgefallen? In dem „Amtsverordnungsblatt“ für einen oberheftischen Kreis finden wir einen bezüglichen „Erlass“ des Ministeriums des Innern, gezeichnet Braun, vom 20. Dezember 1909, worin es heißt: „Den eine längere Reihe von Jahren ununterbrochen in Staatsbetrieben beschäftigten ständigen und Saisonarbeitern und Arbeiterinnen, sowie den nichtangestellten Staatsbediensteten, deren Vergütung nicht mit der Länge der Dienstzeit steigt, können bei befriedigender Führung für die Folge einmalige Lohnzulagen als Dienstaalterprämien gewährt werden und zwar nach zurückgelegter, ununterbrochener Beschäftigungszeit in einem Staatsbetrieb von 20 Jahren in Höhe von 20 Mk., 25 Jahren 30 Mk., 30 Jahren 40 Mk., 35 Jahren 60 Mk., 40 Jahren 80 Mk., 45 Jahren 100 Mk. und 50 Jahren 150 Mk.“ Als ständige Arbeiter gelten solche, die innerhalb eines

Jahres mindestens 40 Wochen, als Saisonarbeiter solche, die weniger als 40 Wochen, jedoch mindestens 20 Wochen in einem staatlichen Betrieb beschäftigt waren. . . Die Dienstaltersprämien sind auf Weihnachten auszusuchen usw. (Das "Weihnachten" ist besonders fett gedruckt, damit soll wohl die G e s e n t - Form ausdrücklich gewahrt werden.) Also nach 20jähriger "Treue" lumpige 20 Mk! Kommtar überflüssig.

Familien drama. In Breslau hat der Posamentier Franz Jaluiter seine Frau und sein ein Jahr altes Töchterchen erschossen; er beging dann Selbstmord. Grund: Zerklüftete Familienverhältnisse.

Die Opferwilligkeit des deutschen Junkertums. Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß sich reiche Leute oft genug nicht entschließen können, den Steuerkommissionen die volle Wahrheit über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu sagen. Großkapitalisten, viele Aktienunternehmungen und auch der Feudaladel, die Stützen des Staates, suchen diesen um Steuern zu pressen, wo es nur geht. Nur der Unbemittelte ist der ehrlichste Steuerbekennende, während mit der Häufung der Kapitalien die Steuerhinterziehung wächst. Dafür gab es erst jüngst die preussischen Jahrbücher einen Beweis, die einen Erlaß des preussischen Finanzministeriums besprachen, das sich zwar widerspöttlich, aber doch entschließen mußte, die Steuerbehörden vor den Steuerpraktikern der Junker zu warnen. Stets geben sich die agrarischen Progen als Erhalter des Staates und noch jede deutsche Regierung ließ diesen Stützen von Thron und Altar die wärmste Förderung angeheihen. Immer stehen für diese Herrschaften Liebesgaben bereit, für die das Volk bluten muß. Sollen aber einmal die Junker etwas für den Staat auslassen, dann wehren sie sich mit Händen und Füßen, wie bei der Erbschaftsteuer, und auch auf den nackten Betrug kommt es ihnen nicht an, wenn ihr Geldsack in Gefahr ist, ein wenig geschmälert zu werden. Dafür bot einen anschaulichen Beweis der Erlaß des preussischen Finanzministeriums, in dem das Steuerbefreiungsrecht eines preussischen Junkers veröffentlicht wurde, der mit erstaunlicher Kühnheit sich mehr als 36 000 Mk. von seinem versteuerbaren Einkommen in Abrechnung brachte. Für seinen Haushalt, der jährlich nahezu 10 000 Mk. erfordert, wollte er nichts zahlen, weil er diesen Betrag dafür verausgabte hatte. Bei den Wirtschaftskosten rechnete er für sich einen Gehalt von 4000 Mark an, den er ebenfalls von der versteuerbaren Summe in Abzug brachte. Unter dem vielgeliebten Titel "Sonstiges" zog er weitere 6000 Mark ab. Für das Halten von Gouvernante, Köchin, Hauslehrer und Diener machte er Abzüge von mehr als 4000 Mark und überdies wurden statt der erlaubten Abzüge für Abschreibungen, unter dem Titel der Neuanschaffung von Maschinen, der Pflasterung und von Neubauten zusammen 12 000 Mark abgezogen. So sollte unter Anleitung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, der Organisation der Agrarier, die den edlen Junker bei der Steuerhinterziehung untermeist, der preussische Junkerstaat von einem der Besten und Besten der Nation um die Steuern für 36 000 Mark geprellt werden. Natürlich waren diese Abzüge in den Augen dieser Gewaltigen notwendig, um aufzutreten zu können, wie es einem Junker geziemt. Schmeißen und zahlen dürfen nur die Arbeiter, die Stützen des Staates aber verstehen es, die Lasten auf die Armeen abzulenken und sich selbst den Pflichten zu entziehen.

Ein Irrtum. Die Bruchialer Zuchthausverwaltung teilt mit, daß die Meldung von einem Flüchtversuch Haus auf einem Irrtum beruhe. Es sind zwei andere Sträflinge ausgebrochen, unter denen sich der ehemalige Rechtsanwalt nicht befand.

Ein angesehener Klient. Ein Magdeburger Rechtsanwalt wurde im Justizpalast von einem Maurer, dessen Klage zurückgewiesen war, durch Faustschläge verletzt. Der wütende Burche riß ihm das Barret herunter und schüttete dann. Der Staatsanwaltschaft wurde Anzeige erstattet.

Wie Geschäfte gemacht werden. Dem "Offenbacher Abendblatt" wehte ein günstiger Wind das folgende Schriftstück auf den Tisch:

Vertraulich. G. B. R.-Verband.

Zull.
Dampfkesselabrik G. Weinbrenner, G. m. b. H., Neunkirchen.

Wie mir von der Geschäftsstelle mitgeteilt wird, ist Ihnen die Anfrage auf obiges Objekt nunmehr ebenfalls zugegangen. Meine Offerte habe ich bereits vor einigen Tagen abgegeben. Ich sehe bereits seit längerer Zeit mit der Firma G. B. R. in Geschäftsverbindung und vermute, daß es sich bei der an Sie gerichteten Anfrage nur um eine Kontroll-offerte handelt. Ich frage daher ergebenst bei Ihnen an, ob Sie bereit sind, im vorliegenden Fall mein Angebot zu schätzen, ich würde dann bei Auftragserteilung drei Prozent vom Lieferungspreis an die Ausfallenden zur Verteilung bringen.

Ihrer geschätzten Rückäußerung sehe ich gern entgegen und empfehle mich Ihnen

Hochachtungsvoll!
Offenbacher Dampfkesselabrik und Eisengießerei Philipp Loos.

Die Firma organisiert also einen Ring zur Schöpfung des Abnehmens, der anscheinend ein Kommunikativband ist. Was würde die Firma wohl sagen, wenn die Arbeiter eine 10prozentige Lohnaufbesserung verlangen würden, die aber immer noch nicht 3 Prozent des Lieferungspreises beträgt? Sicherlich würde dann die Forderung als unerfüllbar bezeichnet werden, die Konkurrenzfähigkeit würde gefährdet und. Durch dieses Schriftstück ist aber für die Arbeiter der Beweis geliefert, daß auch sie für den Verkauf ihrer Arbeitskraft mehr verlangen können und daß trotzdem die Profitrate noch hoch genug ist, wenn dem Arbeiter eine bessere Entlohnung zuteil wird.

Der Hilsch-Prozess des badiischen Landtagsabgeordneten Seibert ist auf den 22. Januar vertagt worden; die Hauptverhandlung der 2. Instanz geht im Schöffengerichtssaal zu Gengenbach vor sich, in dem Sadischen, wo der Eisenbahnbetriebsbeamte Seibert wohnt und wofür das behauptet gewordene Fremdenpaß sich befindet. Die Vertagung ist deshalb notwendig geworden, weil der Kläger Seibert die Einreichung seiner neuen Abwehranträge bis wenige Tage vor dem seit langem feststehenden Termin des 8. Januar hinausgeschob. Dieser Schöffengericht ist ein Kabinettstück ehrenwürdiger Angehöriger gegen unbedeutende Personen, die lediglich als Zeugen in der ersten Hauptverhandlung die Wahrheit sagten zugunsten des Klägers Seibert. Es wird insbesondere der Bürgermeister der Stadt Gengenbach und die liberale Katholikenvereinsleitung politisch heruntergerissen, die Sozialdemokratie selbstverständlich als die Feindin der Unwahrheitsliebe hingestellt, natürlich muß auch die "Kantische Moral" herhalten, um Säumnisse beim Gerichtshof zu machen. Dies kann aber nur verhindert werden, wenn man kann, daß der zur Verhandlung vertagt eingetragene Schöffengericht aus einer Mehrheit von Zentrumsanhängern besteht, auf welche der Schriftführer Seibert mit seiner politischen Veranlassung alles Richtigen zurechtweisen kann.

Krieger. In Frankfurt wurde nach einer Meldung aus Budapest aus Anlaß eines Handgemenges zwischen Soldaten von der Wache eine Salve abgegeben, wodurch zwei Soldaten schwer und 32 leicht verletzt wurden.

Gesteirter Schmerz ist halber Schmerz. Der Postagent Hammelmann und seine Ehefrau aus dem Iochringischen Dreieck wurden, nach einer Meldung des Berliner Tageblatts, wegen Fälschung von Postanweisungen und Unterlagung amtlicher Gelder in Höhe von 5000 Mark verhaftet.

Das befechtigte Ehehindernis. Vom Westerwald berichtet der "Raff. Bot." dieses Jdyll: Im schön bekränzten "Raffen" hängen da zwei Brautpaare, die demnächst den Ehebund schließen wollen. Ein drittes Paar möchte auch gerne heiraten und vom Standesbeamten aus soll das Aufgebot auch in dem Raffen angeheftet werden. Der Bürgermeister aber schickt den Polizeibediener zum Bräutigam und läßt sagen, der Raffen sei voll und bis zum 10. Januar könnte das Aufgebot nicht in den Raffen kommen; der Bräutigam müsse, wenn er heiraten wolle, einen neuen Raffen machen lassen. Der Bräutigam faßt die Sache von der spaßigen Seite auf und weigert sich, einen neuen Raffen kaufen zu lassen, andererseits will er aber auch nicht die Kleinheit des Raffen als aufschreibendes Ehehindernis (impedimentum impediens) anerkennen. Er will mit seiner Herzmadam absolut sofort im Raffen baumeln. Doch der Bürgermeister weiß Rat. Er bittet den Bürgermeister der Nachbargemeinde, ihm seinen Raffen für einige Zeit zu leihen. Doch von dort kommt der Bescheid: "Wer kann selber Arbeit dafür". — Daraufhin steht der Bürgermeister sich den Raffen einmal näher an und entdeckt jetzt, daß noch Platz genug da ist. Seitdem hängen die drei Aufgebote friedlich nebeneinander und der Raffen ist noch immer nicht voll.

Falsche Zinscheine. Wie aus dem Haag berichtet wird, sind eine große Anzahl falscher Zinscheine der holländischen Staatsbank im Auslande in Umlauf gesetzt worden. Von einer größeren Anzahl weiß man, daß sie durch Vermittlung einer Pariser Bank in Amsterdam zur Einföhrung präsentiert wurden. Man glaubt, daß die Fälschungen von einer bekannten internationalen Fälschungsbande hergestellt worden sind.

Ein versunkenes Spital. Nach einer an das österreichische Ministerium Arbeiten gerichteten Mitteilung der Verwaltung des staatlichen Erzbergbaues in Kärnten, ist Sonnabend mittag das dortige zum staatlichen Bergbau gehörige Spital infolge Bruches eines Verhaues in dem gräflich Sodenfeldschen Grubenfelde unter Tag versunken und eingestürzt. Hierbei sollen nach den bisher vorliegenden Nachrichten 7 Personen tödlich verunglückt sein. Der Minister der öffentlichen Arbeiten entsandte mehrere Beamte zur Mitwirkung an den bergpolizeilichen Erhebungen über die Ursachen des Unglücks, sowie behufs Anordnung der nötigen Maßnahmen. — Der "Neuen Freien Presse" wird zu dem Unglück in Raibitz aus Graz gemeldet, daß der dirigierende Arzt Dr. Weisely mit Frau und Kind, zwei Dienstpferden sowie eine Krankenwärterin und ihr Mann ihren Tod gefunden haben. In einer Rettung der Verunglückten sei nicht zu denken, da an der Stelle, wo das Spitalgebäude stand, sich ein großer Kohlenraum gebildet habe, in dem sich Wasser ansammelte. Militär und Bergknappen arbeiten eifrig an der Freimachung der Unglücksstelle. Mehrere Nachbarhäuser mußten wegen der Einsturzgefahr geräumt werden.

Das zur Hilfeleistung aus den angrenzenden Garnisonen nach Raibitz gefandene Militär arbeitete den ganzen Tag, um eine weitere Katastrophe zu verhüten. Die größte Gefahr, die zu befürchten war, bestand darin, daß der reizende Raibitz-Bach seinen Lauf nach dem Erdtrichter, der sich gebildet hat, zu nehmen drohte. Das ganze Bergwerk wäre dadurch unter Wasser gesetzt worden. Die Gefahr wurde aber abgemindert. Die Erhebungen ergaben, daß bei dem Unglück im ganzen 7 Personen ums Leben gekommen sind. Ein Schloßergeselle, der als Patient im Spital lag, konnte sich rechtzeitig retten. Die Katastrophe soll sich in der Weise zugetragen haben, daß sich plötzlich auf einem Terrain von etwa 100 Quadratmetern die Erde spaltete. Das Spital neigte sich sofort zur Seite und war im nächsten Augenblick vollständig verschwunden. Die Bergleute, die unter Tag arbeiteten, hörten das Getöse und ergriffen die Flucht. Die Frau des ordnenden Arztes Dr. Weisely war mit ihrem Kind und zwei Dienstmägden zur Zeit des Einsturzes im ersten Stock, wo alles zum Mittagessen bereit war. Eine weitere Rettungsaktion für die Versunkenen hat sich als undurchführbar erwiesen. Es steht fest, daß die Schwäche sich direkt unter dem Spital befunden haben. Die Veranlassung, der Einsturz sei durch Sprengschüsse verursacht, gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit. Die Leute in der Nachbarschaft des Spitals saßen beim Mittagessen, als sie das donnerähnliche Krachen des einstürzenden Hauses hörten. Der bergmännischen Bevölkerung war es sofort klar, daß es sich um einen Schachteneinsturz handelte, und man befürchtete weiteres Einsinken des Bodens, so daß sich niemand in die Nähe des Schauplatzes wagte. Die Nachbarn verließen ihre Häuser und quartierten sich bei entfernter wohnenden Angehörigen ein. Die Bergwerksbehörden ließen alle Mannschaften zu Tag steigen. Von der Bergung der Leichen muß zurzeit abgesehen werden. Das Loch, in dem das Spital versunken ist, ist mehr als 200 Meter tief und mit Wasser und Schlamm angefüllt. Weitere Erdstürzungen sind zu befürchten.

Ein Fischerboot gekentert. Bei Espinho in der Nähe von Oporto kenterte am Freitag ein Fischerboot, in dem sich 46 Personen befanden; neun von ihnen ertranken.

Fünffacher Mord. Aus Warschau wird gemeldet: Zwischen den Stationen Klubny und Jablona wurden ein Bahnwärter, seine Frau und deren drei kleine Kinder ermordet. Der Täter flüchtete. Zwei der Mittäterschaft Verdächtige wurden verhaftet.

Schweres Unglück. Die Feuerwehr wurde auf den Ruf Großrufer nach dem Balast des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch in St. Petersburg gerufen, das im Zentrum der Stadt liegt. Das Feuer war in dem Hügel des Hofgebäudes des Balastes infolge der Explosion eines Benzinhalters ausgebrochen, in dem die Automobilmotoren untergebracht sind. Durch die Explosion wurden der Chauffeur Titow und der Kutscher Theodorow sofort getötet. Die Pferde konnten gerettet werden. Das Feuer ergriff sämtliche Stockwerke des Hofgebäudes, Frauen und Kinder der Bediensteten flohen über die Dächer und wurden durch die Feuerwehr gerettet. Der Schaden beträgt eine Million Mark.

Ein schwerer Unfall ereignete sich im Volksgedrange vor dem Rathaus von St. George im Osten Londons, während im Innern des Rathauses gerade eine Wahlversammlung abgehalten wurde. Durch den Einsturz eines Geländers wurde eine Person getötet, sieben wurden schwer verletzt.

Schlagolagerer Raubüberfall. In New York verjagte ein Zimmermann eine Bank zu betrauben. Zu diesem Zweck mietete er sich in einem Hause der 14. Straße

ein Haus gegenüber einer Bank, die zurzeit große Summen in ihren Kassenschränken aufbewahrt. Seit Mittwoch hatte man den Zimmermann, der sich tagsüber am Fenster häufig zeigte, nicht mehr gesehen. Die Polizei durchsuchte das Haus und fand im Keller einen Gang, der zur Bank hinüber führte. Der Gang ist mit Holz bekleidet und etwa 25 Fuß lang. Wie man glaubt, ist der Zimmermann bei seinen unterirdischen Arbeiten verhaftet worden. Die Polizei hat die Straße abgeperlt und wird von oben aus die Leiche des Zimmermanns zu bergen suchen.

Neue Erbstücke in Italien. Einer Meldung aus Rom zufolge wurden Sonnabend morgen 5 Uhr in verschiedenen Ortschaften Kalabriens heftige Erbstücke wahrgenommen. Unter der Bevölkerung herrscht Panik.

Auf dem Wege zur Friedensvereinbarung ertrunken. Wie eine Meldung aus New York besagt, ist General Fornos Diaz, der nach Managua unterwegs war als Vertreter Estradas, um mit dem Präsidenten Madriz den Frieden zu vereinbaren, infolge Kenterns des Bootes bei der Barre von Greytown ertrunken.

Vergifteter Mohn. Nach Weihnachten erkrankten, wie berichtet, im Wiener Bezirk Sommerfeld zahlreiche Personen schwer unter Vergiftungserscheinungen nach dem Genuße von Mohnmehlspeisen. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Mohn mit Belladonna vermischt war. Von dem betreffenden Großhändler waren schon 30 000 Kilogramm des vergifteten Mohns an Kaufleute geliefert worden. Die Polizei hat die Beschlagnahme des Mohns verfügt.

Die Malaria. Wie das Handelsblatt aus Batavia meldet, ist auf Priatbesitzungen in der Nähe von Batavia eine Malaria-Epidemie ausgebrochen, der bereits 500 Personen zum Opfer gefallen sind.

Dem Wasser ist nichts heilig. Aus Metka wird gemeldet: Regengüsse verursachten eine Überschwemmung der heiligen Stätte. Drei Personen sind ertrunken.

Begnadigt. Die wegen Giftmordes zum Tode verurteilte Witwe Gläser in Flinsberg wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Ein Held der Wissenschaft. Man schreibt der "Frankfurter Zeitung" aus New York: General "Jim" Smith, der kalifornische Advokat und Publizist, einer der populärsten Männer des fernen Westens, erzählte vor einiger Zeit im Prektklub zu San Francisco eine Geschichte von Heldentum und Todesverachtung, wie man sie nicht alle Tage zu hören bekommt. Ein junger Gelehrter, Dr. William Jones, war im Auftrag des Kolumbianischen Museums von Chicago nach der Philippineninsel Mindanao gekommen, um dort unter den Jlongoten anthropologische und ethnographische Studien zu machen. Zur Vervollständigung seiner Arbeit fehlte ihm noch die Beobachtung der beim Tode eines Hauptlings üblichen Leichenfeier, aber die Frist seines Aufenthalts war abgelaufen und Dr. Jones rüstete sich bereits zur Heimreise, als ganz unerwartet der Vorsteher des Jlongotenortes am Gagayanfluß, wo der Gelehrte mitten unter den Eingeborenen mehrere Monate gelebt hatte, starb. Fremde sind von derartigen Totenfeiern streng ausgeschlossen, indes Jones begab sich nach der Hütte, wo die Zeremonie stattfand, und wohnte ihr bei, ohne daß man ihn daran hindern hätte. Nur die finsternen Mienen der Teilnehmer verrieten den Groll über das unerwünschte Eindringen des Amerikaners. Nachdem Jones sich wieder entfernt hatte, hielten die Jlongoten eine Beratung ab, bei der sie alle darin übereinstimmten, daß die Seele des Verstorbenen durch die Tat des Fremden in ihrer Reise nach dem Jenseits gestört worden sei, und sie beschloßen als einzigen Ausweg den Tod des Eindringlings. In Erkenntnis der Gefahr hatte Jones bereits seinem Diener, einem aufgeweckten, ihm treu ergebenen jungen Eingeborenen, Weisung gegeben, sein Gepäck nach dem Boote zu schaffen, in dem er das Dorf verlassen wollte, und er war eben auf dem Wege zum Flußufer, als ihn die Schar der Rächer entdeckte. Der Angst erloschte sofort. Dr. Jones wurde in der Höhe der Hüfte von einem Speer durchbohrt, und als er seinen Revolver zog, trennte ein Bolchob seine rechte Hand beinahe gänzlich vom Arme, so daß die Waffe zu Boden fiel. Ein zweiter Streich des furchtbaren Meisters verursachte ihm eine schwere Kopfverwundung. In Rettung war nicht mehr zu denken. Aber sein Diener, der sofort herbeigeht war, hatte den Revolver aufgehoben und es gelang dem treuen Burschen, die Angreifer in Schach zu halten, den Gelehrten ins Boot zu ziehen und vom Ufer abzustoßen. Dr. Jones hatte trotz der tödlichen Verletzungen das Bewußtsein nicht verloren. Wollkommen ruhig entnahm er mit der unverletzten Hand seinem Patronengürtel immer neue Munition und reichte sie dem Burschen, bis auch der letzte der Eingeborenen, die durch Schwimmen ihr Opfer zu erreichen suchten, vor dem ununterbrochenen Feuer zurückgewichen war. Und während nun das Fahrzeug mittstroms den Gagayan hinuntertrieb, gab der Gelehrte seinem Begleiter genaue Anweisung, wie er seine Sammlungen und Aufzeichnungen an die richtige Adresse gelangen lassen sollte, und setzte in kurzen Zügen sein Testament auf. Noch einmal raffte er seine Kraft zusammen und schrieb im ungelenteten Zug der Linken einen Abschiedsgruß an die Braut im fernen Virginien. Dann sank er langsam vornüber. . . In der friedlichen Stille tropischer Vegetationspracht, gewiegt von schwankendem Boot, träumte ein Held den letzten Traum von Ehre und Glück.

Sturmshäden auf den karaischen Inseln. Ein furchtbarer Sturm hat nach telegraphischen Meldungen die ganze Insel Las Palmas verwüstet und alle Verbindungen zerstört. Viele Gebäude wurden umgestürzt, die Bananenernten und andere Ernten sind vernichtet. Der Schaden wird auf viele Millionen Pesetas geschätzt. In einem Dorf schlug der Blitz ins Pulvermagazin. Dieses explodierte und zerstörte die unmittelbare Umgebung.

Für Cook tritt der bekannte österreichische Nordpolfahrer Julius von Payer in längeren Ausführungen im Prager Tageblatt ein.

Schiffsnachrichten.
In Travemünde angekommenen Schiffe.
Sonntag, 9. Januar.
D. Finland, Kapl. Blomberg, von Abo in 64 St.
Rurik, Kapl. Gräslund, von Kalmars in 34 St.
D. Rußland, Kapl. Günemörder, von Kewal in 75 St.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Sonntag, 9. Januar.
D. Urania, Kapl. Landergreen, nach Stockholm.
Rhea, Kapl. Hiller, nach Rotterdam.
Anneliese, Kapl. Thiel, nach Königsberg.
Schiffsbewegungen.
D. Sagonia ist gestern morgen in Wiga angekommen.
D. Negir, Kapl. Favorin, ist gestern früh 3 Uhr von Gango auf hier abgegangen.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.